

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. vierteljährlich, 3,50 Mk. halbjährlich, 7,00 Mk. jährlich. Einzelhefte 5 Pf. Sonntagshefte 10 Pf. Postgebühren sind in den Preisen inbegriffen. Auslandsendungen sind nach dem jeweiligen Posttarif zu berechnen. Abbestellungen sind bis zum 1. d. Monats zu machen. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Kolonnenzeile über deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Beiträge und Bekanntmachungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“ das Letztgedruckte Wort 20 Pf. (zuletzt 2 Letztgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenangelegenheiten 10 Pf. jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.
 Freitag, den 23. Oktober 1914.
 Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Das Vordringen auf dem nordwestlichen Operationsgebiete.

Die Kampfplage auf den Kriegsschauplätzen.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 22. Oktober, vormittags. (W. L. B.) Die Kämpfe am Yserkanal dauern noch fort; elf englische Kriegsschiffe unterstützten die feindliche Artillerie. Westlich Dyrmuide wurde der Feind zurückgeworfen. Auch in Richtung Ypres drangen unsere Truppen erfolgreich vor. Die Kämpfe nordwestlich und westlich Lille waren sehr erbittert; der Feind wich aber auf der ganzen Front langsam zurück.

Hefige Angriffe aus Richtung Toul gegen die Höhen südlich Thiaucourt wurden unter schwersten Verlusten für die Franzosen zurückgeworfen.

Es ist einwandfrei festgestellt, daß der englische Admiral, der das Geschwader vor Ostende befehligt, nur mit Mühe von der Absicht, Ostende zu beschließen, durch die belgische Behörde abgebracht wurde.

Auf dem nordöstlichen Kriegsschauplatz folgen Teile unserer Truppen dem weichenden Gegner in Richtung Ossowiez, mehrere hundert Gefangene und Maschinengewehre fielen in unsere Hände.

Bei Warschau und in Polen wurde gestern nach dem unentschiedenen Ringen der letzten Tage nicht gekämpft. Die Verhältnisse befinden sich dort noch in der Entwicklung.

Die französische Darstellung.

Paris, 22. Oktober. (W. L. B.) Amtlich wird gemeldet: Von der Ardennen bis La Bassée auf der Front Neuport-Dyrmuide-Ypern-Warnceton-La Bassée wurden während des Tages heftige Schlachten geliefert. Den letzten Nachrichten zufolge haben sich die Verbündeten überall behauptet. Aus dem Zentrum und vom rechten Flügel ist nichts zu melden.

Portugals Kriegsmacht.

Die Anzeigen mehrten sich immer mehr, daß auch die Republik Portugal unter dem Druck Englands aktiv in den Weltkrieg eingreifen wird. Ob der Hilfsdienst, den die junge Republik England leistet, nicht zu einem Vorentscheid gegen sich selbst wird, mag vorläufig dahingestellt bleiben. Jedenfalls ist die Hilfe, die Portugal mit seinem Landheer den Gegnern Deutschlands leisten kann, militärisch nicht allzu hoch einzuschätzen. Im günstigsten Falle könnten 1-200 000 Mann den französisch-englischen Armeen in Frankreich zugeführt werden. Das portugiesische Heer ist nämlich noch in einem sehr tiefgehenden Umbildungsprozess begriffen. Nach dem Sturz des Königtums wurde das bis dahin vorhandene stehende Heer mit dreijähriger Dienstzeit durch Gesetz vom 2. März 1911 in ein Milizheer umgewandelt. Wie weit diese Umwandlung heute aber schon durchgeführt worden ist und wie sie sich bewährt hat, läßt sich nicht übersehen.

Nach dem vor drei Jahren aufgestellten Organisationsplan wird die portugiesische Armee im Jahre 1922 eine Kriegsstärke von 630 000 Mann haben, und zwar 225 000 Mann aktive Truppen, 225 000 Mann Reservisten und 180 000 Mann Territorialtruppen. Die Friedensstärke der Armee umfaßt 11 600 Mann. Die Dienstzeit beträgt für die Infanterie 105, für die Kavallerie 210, für die Artillerie 140, für Sanitätstruppen und Genie 175 Tage. Begleitet ist das portugiesische Heer in 8 Divisionen mit 85 aktiven Infanterieregimentern, 11 Kavallerieregimentern (64 Bataillone), 8 Sappeur-Bataillonen u. s. w. Vor hundert Jahren marschierten portugiesische Regimenter mit der großen Armee nach Rußland, um den Weltmachtgiganten eines Napoleons zu dienen. Heute sollen vielleicht portugiesische Soldaten für den englischen Imperialismus ihr Blut verströmen. Das Völkergemisch, das jetzt auf Seiten der Verbündeten gegen Deutschland kämpft, werde durch das Eingreifen eines portugiesischen Hilfskorps noch bunter werden.

Kämpfe um Kousselaere. Eine Informationsreise von Kols.

Amsterdam, 21. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts.“)

„Telegraaf“ meldet: Vorige Woche besetzten 40 000 Deutsche Kousselaere und rückten weiter auf Neuport und Dyrmuide. Sie ließen nur 100 Mann zurück, die am Sonnabend von aus Ypern kommenden französischen Dragonern verjagt wurden. Ihnen folgend besetzten einige Tausend Franzosen die Stadt, stellten Kanonen vor der Stadt auf und verbarricadierten die Straßen. Am Montagmorgen rückten schnell Deutsche mit Artillerie an. Die Franzosen eröffneten das Artilleriefeuer; die Deutschen bombardierten die Stadt. Als deutsche Infanterie am Rangierbahnhof eingingen, zerstörten die Franzosen den naheliegenden Weiler Vanrum; schließlich drangen die Deutschen in die Stadt ein. Bei dem wütenden Straßenkampfe wurden auch Bürger getötet. Die Franzosen zogen sich geordnet 5 Kilometer bis Ostmeneperte zurück. Die Deutschen brannten nun ganze Straßen nieder, um die Feuerlinie für die Artillerie freizulegen.

Am Dienstagmorgen wurde der Kampf durch französisch-englischen Sulkurs erneuert. Er dauerte den ganzen Tag. Angeblich nahmen die Alliierten Kousselaere wieder ein.

„Times“ bespödiert aus ungenanntem Ort, an der französischen Küste hätten während des Gefechts zweier Kanonenboote mit deutschen Küstenbatterien deutsche Tauchboote eingegriffen, jedoch sei der Angriff nach Ankunft englischer Torpedoboote mit Verlusten abgeschlagen worden. Das Gefecht der Kanonenboote mit den Batterien dauert fort.

Van Kols ist von eiltägiger belgischer Informationsreise zurückgekehrt. Er sprach mit Mitgliedern des internationalen Bureaus über die Herstellung internationaler Verbindungen. Er wird eine neue Reise antreten. Van Kols ersucht den deutschen Parteivorstand, ihm Reichstagsmitglieder als Begleiter beizugeben.

Van Kols reiste unbehelligt als Herrenhausmitglied, von deutschen Offizieren zuvorkommendst behandelt. Der Generalkommandant schrieb in seinen Paß: Auto und Benzin dürfen unter keinen Umständen requiriert werden. Quysman tut sein Möglichstes, um die Brüsseler zu beruhigen. Bedauerlich ist das Weglaufen so vieler Kammermitglieder der verschiedenen Parteien, die auf die Volksstimmung hätten wirken können.

Die holländische Presse bezeugt ein gutes Verhältnis der Antwerpener und seeländischen Bevölkerung zu den deutschen Truppen. Trotzdem umfaßt die Rückkehr bisher hauptsächlich die besitzenden Schichten. Es wurde ein belgisches Komitee zur Auswanderung nach Frankreich gebildet. Viel geklagt wird darüber, daß sich Einbrecherbanden in verlassenen Häusern Antwerpens und Umgebung bemerkbar machten.

Teilnahme der englischen Marine an den Kämpfen bei Neuport.

London, 22. Oktober. (W. L. B.) Die Admiraltät gibt bekannt: Die Monitore „Severn“, „Humber“ und „Mersey“ haben letzten Operationen an der belgischen Küste vorgenommen. Sie feuerten auf die rechte Flanke der Deutschen. Ferner setzten sie zur Unterstützung der Verteidigung von Neuport Abteilungen mit Schnellfeuergeschützen an Land, die dort gute Dienste leisteten. Bei den Operationen wurde ein Leutnant getötet, sechs Mann wurden verwundet und drei Mann werden vermißt.

Zwei Zeppeline unterwegs.

Amsterdam, 22. Oktober. (W. L. B.) „Nieuws van den Dag“ melden von gestern aus Maastricht: Zwei Zeppeline flogen heute über Lüttich in der Richtung nach Antwerpen.

Indische Verwundete in England.

London, 22. Oktober. (W. L. B.) Nach Blättermeldungen wird im Laufe dieser Woche der erste Transport verwundeter indischer Soldaten in England erwartet. Nach dem ursprünglichen Plan sollten die Verwundeten und Kranken über Marseille nach Ägypten geschickt werden, man entschloß sich aber zu der kürzeren Reise nach England.

Die Kriegstagung des preussischen Landtags.

Schnelle Arbeit hat der preussische Landtag verrichtet. Ob auch gediegene Arbeit oder ob bei gutem Willen der bürgerlichen Parteien doch nicht etwas mehr hätte geschehen können, das ist eine andere Frage.

Für die Kriegstagung, die an demselben Tage, wo sie eröffnet, auch schon wieder geschlossen wurde, hatte die Regierung in Übereinstimmung mit den Parteien auf die Weiterberatung der im Sommer unerledigt gebliebenen Vorlagen verzichtet, um nach außen hin den Eindruck völliger Übereinstimmung hervorzuheben und keinerlei Gegensätze in Erscheinung treten zu lassen. Einzig und allein der Nachtragsetat von 1 1/2 Milliarden und die Notanwendung betreffend ein vereinfachtes Enteignungsverfahren zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen wollte sie genehmigen lassen. Ueber die Notwendigkeit der Annahme dieser Vorlagen herrschte keinerlei Meinungsverschiedenheit, auch die Sozialdemokraten waren dafür. Nur konnten und durften sie angesichts der Tatsache, daß über die Verwendung der Mittel nichts vorgeschrieben ist und daß die Begründung der Vorlagen es in dieser Hinsicht an der nötigen Klarheit fehlen läßt, auf eine Verzögerung nicht verzichten. Am besten wäre natürlich eine Kommissionsberatung gewesen, aber darauf wollten sich die übrigen Parteien nicht einlassen, und die Sozialdemokraten haben dank ihrer durch das Dreiklassenwahlrecht bedingten numerischen Schwäche nicht die Möglichkeit, sie dazu zu zwingen. Es blieb unseren Genossen somit nichts anderes übrig, als ihre Wünsche in eine Erklärung zusammenzufassen, die im ersten Teil deutlich ausdrückt, wie nach Ansicht der weitesten Kreise des Volkes die 1 1/2 Milliarden verwendet werden müssen, im zweiten Teil den Widerspruch dagegen kund tut, daß die Regierung die Tagung vorübergehen läßt, ohne freiheitliche Gesetze, vor allem eine Wahlreform, auch nur anzukündigen. Die in würdiger Form gehaltene Erklärung, die der Genosse Girsch vorlas, wurde von den bürgerlichen Parteien mit Ruhe entgegengenommen, nur als unsere Vertreter die Notwendigkeit der Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts betonten, versuchten einige Heißsporne auf der Rechten ihrem Unwillen durch Zischen Luft zu machen. Es scheint fast so, als ob die Wahlreform im Landtage auch nicht einmal erwähnt werden darf.

Die Wirkung der Tagung ist durch das Verhalten unserer Fraktion nicht abgeschwächt, sondern im Gegenteil noch erhöht worden. Wenn jetzt schon bürgerliche Blätter davon sprechen, daß wir damit dem Ausland nur einen Gefallen getan haben, so ist das eine Deutung unseres Verhaltens, deren Zweck nur allzu leicht zu durchschauen ist. Aus der Erklärung läßt sich nur der Schluß ziehen, daß die Sozialdemokraten noch mehr als die bürgerlichen Parteien bereit sind, zur Heilung der Wunden des Krieges beizutragen. Daß sie an Opferwilligkeit hinter keiner anderen Partei zurückstehen, haben sie wie immer so auch jetzt wieder durch die Annahme der Vorlagen bewiesen. Im Lande aber würde man ein Schweigen unserer Genossen nicht verstanden haben, wir durften die Hoffnung, die weite Kreise des Volkes auf uns setzen, nicht täuschen.

Abgesehen von unserer Erklärung und von der Einleitungsrede des Vizepräsidenten des Staatsministeriums Dr. Deibred, fand eine Diskussion nicht statt, so daß Präsident Graf Schwerin schon nach knapp 3/4 Stunden mit einigen warmen Worten, die in ein Hoch auf unsere im Felde stehenden Brüder und den obersten Kriegsherrn ausklangen, die Sitzung schließen konnte.

Kurz darauf hatte auch das Herrenhaus den Vorlagen seine Zustimmung erteilt und der Landtag vertagte sich bis zum 9. Februar nächsten Jahres.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Bei der Ueberbringung von Liebesgaben in Gefangenschaft geraten.

Dresden, 22. Oktober. (B. Z. B.) Bei Ueberbringung von Liebesgaben zur itzlichen Front ist vor einigen Tagen der Oberjägermeister von Gungl in russische Gefangenschaft gefallen. Es fand ein Ueberfall der Russen statt, als sich das Liebesgabenauto in vorderster Front befand; es blieb im russischen Dred stecken. Auch zwei andere Dresdener Liebesgabenautos gingen bei dieser Gelegenheit verloren.

Vom oesterreichisch-russischen Kriegsschauplatz.

Oesterreichisches Vorrücken in Galizien.

Wien, 21. Oktober. (B. Z. B.) Amtlich wird verlautbart: 21. Oktober, mittags. Im schweren hartnäckigen Angriffe auf die verstärkten Stellungen des Feindes von Jelskyn bis an die Chanisse östlich Medyka gewonnen wir wieder an mehreren Stellen Terrain, während die russischen Gegenangriffe nirgends durchzubringen vermochten. Vergangene Nacht erkundeten unsere Truppen die Kapellenhöhe nördlich Magiera. Südlich Magiera gelang es ihnen schon gestern, sich von den eroberten Ortschaften gegen die Höhen vorzuarbeiten. Am Südflügel wird der Kampf hauptsächlich von der Artillerie geführt. Durch weitgehende Anwendung der modernen Feldbefestigung nimmt die Schlacht großenteils den Charakter eines Festungskrieges an.

In den Karpaten wurde gestern der Jablonicapass, der letzte noch von einer russischen Abteilung besetzt gewesene Uebergang, von uns genommen.

Auf ungarischem Boden ist kein Feind mehr. Unsere Vorrückung in der Bukowina erreichte den Großen Sereth.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage.)

Hefige Kämpfe bei Przemysl.

Wien, 21. Oktober. (B. Z. B.) Der Kriegskorrespondent der „Neuen Freien Presse“ meldet: Die Kämpfe bei Przemysl und Hermanowice dauern mit ungewänderter Heftigkeit fort. Die Russen scheinen von Lemberg Verstärkungen bekommen zu haben; sie haben verzweifelte, aber vergebliche Versuche gemacht, sich der Höhe Magiera, die ihnen am 17. Oktober entrissen worden war, wieder zu bemächtigen. In der vergangenen Nacht und heute um sechs und acht Uhr morgens griffen unsere Artilleriegruppen ein, auch die schweren Geschütze der südöstlichen Zwischenbatterien feuerten heftig. Die Bozener Landeschützen führten mit einer Bravour ohne Gleichen und lösten allein eine Aufgabe, die drei Regimentern gestellt war. Man sieht dem Ende der Kämpfe zuversichtlich entgegen.

Die Oesterreicher besetzen Czernowitz.

Budapest, 22. Oktober. (B. Z. B.) Nach Blättermeldungen sind Oesterreich-ungarische Truppen, nachdem sie die Russen aus Sereth vertrieben hatten, gegen Czernowitz vorgezogen. Die Russen haben Czernowitz verlassen und sind in nordwestlicher Richtung abgezogen.

Neuerliche russische Mobilisierung in Bessarabien.

Bukarest, 22. Oktober. (Z. U.) Die russische Regierung hat, wie an maßgebender Stelle verlautet, eine neuerliche Mobilisierung in Bessarabien angeordnet.

Der Seekrieg.

Neue Seebeute der „Emden“.

London, 22. Oktober. (B. Z. B.) Lloyd's Agent in Colombo telegraphiert an die Admiralität, daß die britische Dampfer

„Chilla“, „Troilus“, „Denmoor“, „Clan Grant“ und der für Ladungen bestimmte Bagger „Ponrabbel“ von dem deutschen Kreuzer „Emden“ versenkt worden seien, während der Dampfer „Esford“ gelapert wurde.

Die von dem Kreuzer „Emden“ in Grund gefohrten englischen Dampfer sind besonders große und wertvolle Schiffe. „Chilla“ hat etwa 8000 Tonnen, „Troilus“ 11 000 Tonnen, „Denmoor“ 8000 Tonnen, „Clan Grant“ 6000 Tonnen. Der mit Beschlag belegte „Esford“ saß ebenfalls 6000 Tonnen, der Bagger „Ponrabbel“ ist ein ganz neues, aus diesem Jahre stammendes Fahrzeug.

Da die Meldung über Geslon gekommen ist, dürfte der Schauplatz der neuen Taten unserer „Emden“ der südliche Teil des Golfs von Bengalen sein.

Eine Blockade der ganzen Nordsee!

London, 22. Oktober. (B. Z. B.) Der Mitarbeiter der „Times“ für Marine-Angelegenheiten beschäftigt sich mit der Frage einer Blockade der ganzen Nordsee für die neutrale Schifffahrt. Er geht dabei von dem Schicksal des Kreuzers „Hawke“ und anderer englischer Schiffe aus, die beim Wachtendienst in der Nordsee, der hauptsächlich zur Ueberwachung von Handelsschiffen diene, verloren gegangen seien. Dabei führt der Verfasser die Erklärungen einer Anzahl von Völkerrechtslehrern an, die alle darüber einig seien, daß die kriegführenden Mächte berechtigt sind, die Gewässer, die Schauplatz der Kriegsoperationen sind, für die neutrale Schifffahrt vollständig zu schließen. Der Verfasser tritt sodann für eine Blockade des ganzen östlichen Teils der Nordsee von Galais bis zur norwegischen Küste ein. Alle Schiffe auf der Fahrt nach neutralen Häfen müßten sich an bestimmten Stellen an der norwegischen Küste und im irischen Kanal sammeln, wo sie untersucht werden würden und von wo sie unter Schutz nördlich um Schottland herum weiterfahren könnten. Gleichzeitig müßte alle Schleppschifffahrt und alle Fischerei mit Treibgarn verboten werden. Eine Schließung der Nordsee durch Sperre von den Shetlandsinseln bis zur norwegischen Küste, so daß nur die norwegischen Bøfjorden und ein schmaler Einlass in Stageraal freibleiben, würde es leicht machen, die Handelsschiffe zu überwachen, ohne dabei in gleichem Maße, wie jetzt, Gefahr zu laufen. Die neutralen Länder würden einem solchen Schritt gegenüber kaum Schwierigkeiten machen (?) und sicherlich anerkennen, daß die Verantwortung dafür letzten Endes nicht England zugeschoben werden könnte.

Das Unterseeboot als Kaperschiff.

Kristiania, 21. Oktober. (B. Z. B.) „Aftenposten“ schreibt aus Anlaß der Versenkung des englischen Dampfers „Giltia“ durch das deutsche Unterseeboot: Das Unterseeboot Handelsdampfer lapert und versenkt, ist die neueste Seite der Wirksamkeit dieser modernen Kriegswaffe. Die Zerstörung feindlicher Handelsschiffe war bisher allein Aufgabe der Kreuzer. Vorläufig kann die Episode mit der „Giltia“ ein einzig dastehender Zufall genannt werden, er deutet aber an, welche vielseitige Rolle die Unterseeboote im Laufe der Zeit zu spielen berufen sind.

Ein Sanitätsschiff von den Engländern beschlagnahmt.

London, 22. Oktober. (B. Z. B.) Nichtamtlich. „Daily Telegraph“ meldet: Das deutsche Sanitätsschiff „Daphnia“ wurde gestern von dem englischen Kreuzer „Harmouth“ eingekerkert; seine funktentelegraphische Anlage wurde abgenommen.

Innere Wirren in Portugal.

Lissabon, 21. Oktober. (B. Z. B.) Halbamtlich. Letzte Nacht erlitten Eisenbahn- und Telegraphenverbindungen durch Sabotage eine gewisse Unterbrechung, sie

wurden aber bald wiederhergestellt. Augenblicklich herrscht wieder Ordnung in Portugal, außer in Braganza und Rastra, wo Erhebungen versucht wurden, die aber schnell unterdrückt wurden. Eine Bande Aufständische, die von Rastra auszog, wird jetzt von Truppen verfolgt. Der frühere Oberst Adriano Beca scheint das Haupt der mißlungenen Erhebung zu sein. Er wurde in Braganza festgenommen.

Wieder eine türkische Absage an England.

London, 21. Oktober. Das Reutersche Bureau meldet aus Konstantinopel vom 19. Oktober: Auf die britische Vorstellung über die fortgesetzte Anwesenheit deutscher Mannschaften auf türkischen Kriegsschiffen erwiderte die Pforte endgültig, daß dies eine innere Angelegenheit sei.

Neue Aushebung in Serbien.

Safnik, 22. Oktober. (B. Z. B.) Infolge seiner starken Verluste plant Serbien eine neue Aushebung von Männern bis zum Alter von fünfzig Jahren. Die Erbitterung der Bulgaren und Mohammedaner in Rußerbien gegen die serbische Verwaltung ist im Steigen begriffen. Drei serbische Dörfer im Bezirke Welos wurden von einer starken türkisch-bulgarischen Bande heimgesucht. Es fand ein heftiger Kampf mit serbischer Miltz statt, beide Teile hatten empfindliche Verluste.

Ein amerikanischer Protest gegen England.

London, 21. Oktober. (B. Z. B.) Die „Times“ meldet aus Washington vom 19. Oktober: Die Presse erdert lebhaft die Beschlagnahme des Standard-Dil-Schiffes „Grindilla“ durch einen britischen Kreuzer. Die New Yorker Zeitung „American“ spricht von der Wahrscheinlichkeit eines heftigen Protestes. Die „Washington Post“ schreibt: Die neutrale Schifffahrt der Vereinigten Staaten, die Ladungen der neutralen Staaten übermitteln, ist nach dem Völkerrecht ein Recht der Neutralen und von Untersuchung und Beschlagnahme befreit. Da die Vereinigten Staaten mit allen Nationen Freundschaft halten, würde man Geduld üben, wenn fremde Kriegsschiffe verächtlich amerikanische Rechte beeinträchtigen. Aber wir können nicht dulden, wenn irgend eine Nation das Recht beansprucht, Schiffe mit Cargos für neutrale Häfen ohne Verbindung mit den kriegführenden Nationen zu belästigen, zu durchsuchen und zu beschlagnahmen.

Strengere Presszensur in Italien.

Rom, 22. Oktober. (Z. U.) Ministerpräsident Salandra hat an die Presseketten aller Provinzen ein Zirkular gerichtet, in dem die Zeitungen und Korrespondenten an die Vorschriften erinnert werden sollen, durch die die Verbreitung von Nachrichten militärischen Charakters bei schwerer Strafe verboten ist.

Belgische Zeitungen in London.

London, 21. Oktober. (B. Z. B.) Das Blatt „Independance Belge“ erscheint seit heute hier. Das Blatt veröffentlicht eine Zuschrift des Premierministers Assquith, in der er dem Blatte Erfolg wünscht und die Erwartung ausdrückt, daß das Blatt bald wieder in Brüssel und Ostende erscheinen und das tapfere belgische Volk, durch die Waffen der Verbündeten in den Besitz des Landes gesetzt, sich bald wieder in vollem Genuß der Freiheit befinden möge. Für die es so glänzende und fürchtbare Opfer gebracht habe.

Das früher in Antwerpen erscheinende Blatt „Revue poite“ erscheint von heute ab in französischer Sprache als Beiblatt des Londoner „Standard“.

Deutsche in Marokko

vor einem Kriegsgericht.

Berlin, 22. Oktober. (B. Z. B.) Durch amtliche Ermittlungen ist die Nachricht bestätigt worden, daß eine Anzahl von in Marokko lebenden Deutschen in Casablanca wegen angeblicher Verhinderung gegen das französische Protektorat vor ein Kriegsgericht gestellt worden sind. Es handelt sich um folgende vierzehn Deutsche: Karl Fide, Arale, Brandt,

busen auf.“ So auch alle diese Juden. Sie haben eine Angel im Bauch, schwere Besorgnisse um des Morgens willen, und da kommt einer und fragt sie um das gleichgültige Heute, an dem es ihnen ja leidlich gut geht. Einer nur versteht dich halbwegs, daß du die Ärmsten suchst und etwas von ihrem Leben schauen willst, und der weist dich endlich zur Brotverteilung in die Fruchtbörsen.

Bei der Brotverteilung gibt es schon andere Bilder zu schauen. Keine neuen Kostans, keine Frauen im Hut. Ein Umhängtuch um die Schultern geschlagen, sieht da eine noch nicht alte Frau deren wahres Alter allerdings schwer bestimmbar ist. „Was ich am Leib hab“, ist alles, was ich hab und was das Kind hat.“ Ein junger Jude in schönbem Kasan steht neben ihr, und an die Kittelfalten gelehnt ist ein herziges, blondes Kinderköpfchen. Aus blauen Augen lacht die Unbekümmertheit des Kindes. Die Kleine knautscht an einer Pflaume. — „Dir geh's noch gut, Du verdirst nicht, um was es geht.“ — „Ob sie es versteht, Herr!“ sagt die Mutter, die Kofel, was ist das für ein geschicktes Kind. Sie sollen nicht glauben!“ Mutterstolz.

Sie ist Witwe, die Frau. Während sie die Kleine unter dem Herzen trug, starb der Vater. Vielleicht war es auch eine polnische Ehe, und der Vater ist irgendwo hinaus in die Welt gewandert, fort von dem Dorf bei Tarnopol. Vielleicht ist er auch wirklich gestorben. Jedenfalls war sie allein, als die schweren Tage der Kassennot auch über ihr Dorf hereinbrachen. Ihre Schwester war mit zwei Kindern schon einige Tage früher zu ihnen geflüchtet, zu ihnen, die sie näher den Karpaten zu wohnen, ihr Bruder war auch da und ihre alten Eltern, die 70jährige Mutter, die in daselbe roßblaugrüne Bolltuch geschlagen nun auf einer Steinstufe neben ihr saß, und ihr 70jähriger Vater. So zogen sie aus, acht Köpfe hoch, als die Russen schon so nahe waren, daß die Augen über die Dächer piffen und in die Wege schlugen. Im allerletzten Augenblick ließen sie davon. Dem Säulen zu, dem Gebirge entgegen. Auf einem Bauernwagen dann über die Waldkarpaten nach Ungarn, wo sie endlich in Punsacs zur Ruhe kamen. Großeltern, Eltern und Kinder. Die Schwester weiß nicht von ihrem Mann. Er hat seine Lieben in Sicherheit gebracht ins Dorf bei Tarnopol, und ist dann nachmals zurück in sein Dorf, noch etwas von der Habe zu retten. Er ist nicht wiedergekommen und auch keine Nachricht hat sie seither erreicht. Wie denn auch? Er vielleicht gefangen — die anderen in Wien. Woher soll der Gefangene das wissen? Diese Sorge drückt die Familie, und die gleichen Sorgen lasten auch auf vielen anderen. Wann werden wir wieder zurückkommen? — „In drei, vier Wochen vielleicht.“ tröstest Du. — „In drei, vier Wochen? Herr, ich kann keine Ermine nicht haben.“ — „Keine Ermine?“ — „Keinen Menden.“

So ist auch hier die größte Sorge die, ob und wann sie wieder zurück können in ihr Dorf bei Tarnopol, in ihre Heimat.

Im Leopoldstädter Bezirksamtgebäude. Ist ein Hauptmittelpunkt des Flüchtlingsstroms, Eben ist Umwerbung

Galizien in Wien.

Von Max Winter (Wien).

Wien, Mitte Oktober.

Die große und die kleine Schiffgasse, die Ploßgasse, die Schiffamts-gasse, alles in der Nähe des Donaukanals gelegene Gäßchen der Wiener Leopoldstadt, waren von jeher so eine Art offenen Ghettos in Wien, dessen eigenartiges Leben sich vor aller Augen abspielte, fast wie das Leben in der kleinen galizischen Landstadt. Die häusliche Entwicklung Wiens hat zwar auch vor dem eben-erdigen Häuschen der Ploßgasse nicht Halt gemacht und mit wenigen Ausnahmen an ihre Stelle das städtische Wiener Miethaus mit größter Raumausnutzung gebaut, aber damit hat sich eigentlich nur eins geändert: mit einem der alten Häuschen ist eine Niederlassung des christlich-sozialen Wiens, eine Hochburg der Lügeerei, die sich wie zum Trost mitten im Ghetto behauptet hatte, verschwunden. Auch die Mieterklasse ist eine andere geworden; aber Juden sind es geblieben, die hier wohnen. In die neuen Häuser zogen nicht mehr die jüdischen Massenherbergen ein, die in den alten waren. Es sind durchwegs helle, freundliche Zweizimmerwohnungen, die da gebaut wurden, ab und zu auch eine noch größere (also nach Wiener Begriffen eine Wohnung für „ganz Reiche“), und in diese Wohnungen zogen denn auch andere Mieter ein: zumeist besser gestellte Kaufleute oder kaufmännische Helfer aller Art. So verschwand das alte Ghetto und seine Sitten mit jedem neugebauten Haus immer mehr.

Und nun ist dies mit einem Schlag wieder anders geworden. Das Ghetto ist wieder da, und dazu äußert sich sein Leben in den Formen der Strenggläubigen, wie es vordem in dieser reinen Form nie zu sehen war. Die Großstadt hatte früher doch mit ihren tausendfachen Einflüssen eingewirkt, aber nun kehren die Ploß- und die beiden Schiffgassen, die Schiffamts-gasse und die Sperlgasse wieder ein zu der Urwälder Leben und Gebräuchen. Das hat der Krieg gebracht mit seinen schonungslosen Griffen in das Leben des Einzelnen, in das Leben der Massen. Im August begann plötzlich das Wandern von Ost nach West, und immer mehr schwoll der Meeressand der Flüchtenden und der von den Behörden zum Verlassen ihrer Wohnstätten Genötigten an, und unauffällig ergoß sich der Strom nach dem Westen und Süden. Eine Woche später tobte die Brandung des Flüchtlingsstroms an die Tore Sudapetens und Wiens, die bereits geöffnet waren, die Armen zu empfangen.

Es kam zu rasch, zu unermutet, es waren zunächst schreckliche Tage für die beiden Städte, noch viel mehr für die armen Flüchtenden — aber heute haben wir uns schon dreingefunden und, was wichtiger ist, wir haben schon die Einrichtungen, um den armen Flüchtlingen halbwegs gütliche Stätten zu bieten, ihnen die gewohnte Kost zu geben, sie zu kleiden, für die Kranken zu sorgen, für die Schwangeren, für Waiskinder, für die Bedürftigen der Kinder, für die Rückreise, für die Bedürfnisse der studierenden Jugend und, was bei einer solchen Massenwanderung aus dem kulturell rückständigen Osten so not tut, für die Abwendung der Gefahren, die der Volksgesundheit drohen.

Es war kein heines Stück Arbeit, aber sie wurde bewältigt dank dem geschichtlichen Zusammenhalt der Juden und ihrem hoch ausgeprägten Familieninn. Nach dem ersten Schreck über das Ereignis fühlte sich sofort die ganze Leopoldstadt, der von Juden am meisten durchsetzte Wiener Stadtbezirk, der den ersten und Hauptsturm auszubalten hatte, als eine einzige große Familie, und man ging daran, den schwachen Gliedern zu helfen. Nicht die Reichen und Reichsten. Es soll niemandem Unrecht getan werden. So wie die reichen Flüchtlinge die ersten waren, die in Wien ankamen, und wie sie die „Judenstadt“ wieder und ihre Fluchtquartiere im vornehmen Westen Wiens aufschlugen oder dort, wo einst an den Hängen des Rabenbergs Beethovens waidelte, wo Schubert seine Kinder sang und Körner seine Briefe schrieb, voll Liebesglück und erstem Ruhmgebrauch — genau so wenig wollten von den armen fremden Juden die anständigen reichen wissen, und sie haben sich bis heute noch nicht darauf besonnen, was ihre Pflicht wäre. Aber die Kleinen haben freudig gegeben und freudig gehalten, und so können denn die Flüchtlinge wie die Wiener heute schon aufatmen. Einige Bilder werden uns das Wie der Hilfe am besten veranschaulichen.

Auf dem Karmeliterplatz. Die Bahnstrecke Berlin—Dresden—Wien endet auf dem Wiener Nordwestbahnhof am Ausgang der Laboratorstraße. Wandern wir sie der Stadt zu, so kommen wir im letzten Stück zu einem freien Platz, dem Karmeliterplatz vor der gleichnamigen Kirche. Vormittags haben hier Marktfrauen ihre Stände aufgeschlagen, aber nun ist Samstagnachmittag, und da hat der Platz gründlich sein Gesicht verändert. Er ist zum Tempelplatz der kleinen jüdischen Landstadt geworden. Nur Langherode und Gelockte stehen auf ihm, weißbärtige Alte, blond umrahmten Antlitzes Jüngere und mit dem aufspringenden Schaum die Ängstigen; auch Soldaten sind unter ihnen, Söhne und Brüder. In kleinen Gruppen zu vier und fünf stehen sie beisammen, und über den ganzen Platz fliegt das Gemurmel. Du trittst zu einer Gruppe und willst von ihrem Glend reden, etwas erfahren von ihrer Flucht, von dem Unglück, das sie betroffen, aber sie schenken dir auf deine Fragen kein Gehör. Ihre eigenen Sorgen sind ihnen allen näher als deine Augenblicklichen.

Woher sind Sie gekommen? — Ja? Was soll ich Ihnen sagen? Aus Strpi, Lemberg, Grodel — mir seien alle aus Galizien. Was soll ich Ihnen sagen? Wie's steht mit'm Krieg, das sollen sagen Sie mir, Herr. — Nicht schlecht!

Und schon stürmen hundert Fragen auf dich ein und der Kreis wird größer. Da gibt es nichts, als Rede stehen. Zum Glück hast du eine Karte bei dir und kannst ihnen die Sanlinie zeigen, die gegenwärtige Aufstellung der kämpfenden Heere. Sie sind endlich befriedigt, und schüchtern beginnst du wieder zu fragen, wie sie wohnen, ob sie genug zu essen haben, aber es ist so, als gäbst du ihnen Rätsel auf. Die Geschichte von dem jüdischen Soldaten fällt dir ein, der auf dem Schlachtfeld hinfällt und dem der katholische Feldprediger in Verkennung des Glaubens des Gefallenen die vorgeschriebenen Fragen stellt: „Glaubst du an Gott, Vater, den Eingeborenen Sohn...“ und der schließlich in höchster Todespein abwehrt: „Ich hab' a Angel im Bauch und er gibt mir Re-

Der Witt, Waetgen, Könnies, Scherf, Kehlorn, Kohn, Mann, Gumbler, Gehlen, Döbber und Baglen. Die Vertretung der deutschen Interessen in Marokko nehmen die Vereinigten Staaten von Amerika wahr. Speziell in Casablanca vertritt sie mangels eines amerikanischen Consulats die dortige italienische Konsul. Die amerikanischen und italienischen Behörden treten nachdrücklich für unsere bedrohten Landsteuern ein. Die deutsche Regierung hat alle Schritte getan, um den Sachverhalt aufzuklären und den in aller französischer Gewalt befindlichen Deutschen jede irgendwie mögliche Unterstützung zukommen zu lassen. Die französische Regierung ist davon in Kenntnis gesetzt worden, daß die deutsche Regierung für jedes widerrechtliche Vorgehen gegen die angeforderten Deutschen in der rücksichtslosesten Weise Rechenschaft fordern wird.

Kriegsbekanntmachungen.

Auskunft über Kriegsgefangene.

Berlin, 22. Oktober. (W. Z. V.) Personen, die Auskunft über Kriegsgefangene wünschen, wenden sich zweckmäßig mit Postkarte an folgende Adresse: An das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, Ermittlungsbureau für Kriegsgefangene, Genf (Schweiz). Die Rückseite der Postkarte ist nach folgenden Mustern auszufüllen: Zu beantwortende Fragen. Name des Militärs. Vornamen. Rang. Truppengattung (Incorporation). Nummer. Datum und Ort, wo zuletzt gesehen, gefangen oder verlegt (so genau wie möglich). Name und Adresse des Absenders.

Politische Uebersicht.

Verurteilung der Genossin Luxemburg.

Vor dem Reichsgericht wurde gestern über die Revision verhandelt, die Genossin Dr. Luxemburg gegen das aufsehenerregende Urteil der Frankfurter Strafkammer eingelegt hatte. Die Strafkammer hatte bekanntlich gegen unsere Genossin auf ein Jahr Gefängnis wegen in zwei Reden erfolgter „Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze“ erkannt.

Das Reichsgericht hat, wie uns telegraphisch mitgeteilt wird, die Revision verworfen. Damit ist das Urteil formal rechtskräftig geworden. Die formelle Rechtskraft kann aber die Tatsache nicht beseitigen, daß das Rechtsgefühl weiter Kreise das Urteil für ein Fehlurteil hält.

Kartoffelpreise und Preistreibern.

Wehr und mehr findet darüber in die Deffektivität, daß die Zurückhaltung der Kartoffeln durch die Landwirte wenigstens hier und da systematisch organisiert wird. Ein bezeichnendes Licht darauf wirft ein Rundschreiben, das die „Landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft“ zu Oben-Widdert (Rheinland) an ihre Mitglieder gelangt hat. Darin heißt es nach unserem Solinger Parteiblatt u. a.:

„Allen Anschein nach wird die Kartoffelernte nicht so gut ausfallen, wie man dachte. (Die Red.) Es werden im Großhandel für spätere Speisewaren 8,40 M. verlangt. Unsere Landwirte wollen also nicht voreilig zu niedrigen Preisen abgeben.“

Wacht erstaunlich ist auch der Brief eines Landwirts, von dem die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ berichtet; er bildet die Antwort auf eine Anfrage wegen Kartoffellieferung und enthält den Satz:

„Die ich Ihnen telegraphierte, kann ich Ihnen nicht liefern. Wir können wenig schaffen, denn es ist vom Herrn Landrat bekannt gemacht, die Bauern sollten doch ihre Kartoffeln behalten.“

Wir halten es fast für unmöglich, daß ein Landrat in solcher Weise dafür sorgt, daß die Not der Bevölkerung in dieser Zeit zum besten einiger Landwirte ausgenutzt wird! Es ist unerhört, wie durch die Zurückhaltung der Kartoffeln gerade die ärmeren Leute getroffen werden. Man muß jenes systematische Profitieren auf Kosten der Allgemeinheit wirklich als das Gegenstück von Patriotismus kennzeichnen.

für den Kindergarten. Voll von Frauen und Müttern ist der Raum. Hinter einem großen Tisch waltet das Frauenhilfskomitee seines Amtes, das wahrlich nicht leicht ist. Eben beschäftigt ist ein schwächerer Fall; eine schwangere Mutter, die sich jeden Tag ermahnt, erscheint mit ihren drei Kindern. Zwei sind „gesund“, das heißt, sie sind nur verunreinigt, was sich auf ihrer Haut äußert, aber das dritte ist fast blind, in vorgeschrittenem Grade leidet es an der ägyptischen Augenkrankheit. Dazu die schwangere Mutter, die nicht weiß, wo in der Welt ihr Mann ist. Er war gerade außer Haus, als der Ruf durchs Dorf flog: „Alles fort! Die Muffen kommen.“ Sollen die beiden Kleinen in den Kindergarten aufgenommen werden können, so müssen sie gesund sein, und sie müssen irgendwohin in Familienpflege kommen, wo sie täglich in den Kindergarten gebracht werden können, den hellen Saal eines berühmten Braterwirts. Also zuerst amtärztliches Gesundheitszeugnis, dann die Familie bestimmen, dann Aufnahme in den Kindergarten. Jetzt bleiben noch die Mutter und das augenkränke Kind. Die Mutter braucht ein Entbindungsbett, das kranke Kind einen Spitalplatz in einer Abteilung für ansteckende Augenkrankheiten. Die Spitalnot ist in Wien aufs höchste gestiegen. Sie war in Friedenszeiten groß, nun aber, da wir die verwundeten Krieger zu pflegen haben, ist sie ungeheuerlich, und die neuen Spitalbauten sind noch nicht der Benutzung zugänglich. Selbst für unaufschiebbare Operationen ist es oft schwer, ein Spitalbett zu bekommen. (Der Schreiber dieser Zeilen mußte selbst am 17. Oktober, abends von 9 Uhr bis 12 Uhr nichts am Fernsprecher hängen, um ein Spitalbett für einen Blinddarmentzündeten zu bekommen, der in derselben Nacht noch operiert werden mußte; der Arzt und das zuständige Polizeiamt waren von allen Spitalleistungen abgewiesen worden!) So ist es leichter gesagt als getan: zwei Weiten her, eins für die Mutter, eins für das Kind. Beides gelingt aber, und erleichtert atmet die arme gequälte Frau nach hundertlangem Warten auf.

Wir haben keinen Platz mehr! sagt verzweifelt die eine Hilfsdame, aber die Leiterin ordnet an: „Nur aufnehmen. Wir werden neuen Rat schaffen.“

Das ist nur eine Seite der Sache. Aber was gibt es da nicht noch alles zu tun und zu helfen! Junge Mädchen kommen schutlos, sie müssen von der Gefahr der Großstadt für hungrige Mädchen bewahrt werden. Eine Rührstube gibt ihnen Arbeit, ausgesuchte Hausfrauen gehen ihnen Obdach. Der Bürgermeister einer kleinen galizischen Stadt kommt in dem abgerissenen Rod, den er dabei anhat, wenn er aufs Feld geht. Der Rod ist auf der Flucht nicht leichter geworden — nun muß der Mann wieder zum Menschen gemacht werden. Berge von alten Altschmied sind eingelaufen in einer der beiden Hilfsstellen, die anderswo erklärt wurden, geflüchtete Schneider ändern sie gegen Lohn um, der Bürgermeister und Kaufleute andere werden vom Kopf bis zum Fuß neu eingekleidet. Alles kann das Hilfskomitee, es verhilft alle ankommen, in Mäntelchen zu Reinigungsbädern; es hat Kaffeestuben errichtet, in denen eine Schale Kaffee und eine Semmel vier Heller kosten, oben so Tee, ohne Brot gar nur 2 Heller; es hat gemeinsame Wohnstätten eingerichtet und dazu viel leerstehende Wohnungen gemietet und möbliert; es hat mit Hilfe der jüdischen Volkstüchtigkeit den Juden

hem ein Ende zu machen allerdingendste Pflicht der Behörden ist.

Der Deutsche Kartoffelhändler-Verein hat nach der „Köln. Ztg.“ an das Reichsamt des Innern eine Denkschrift gelangen lassen, in der die Notwendigkeit betont wird, zwecks eines vermehrten Angebots von Ware auf die Landwirte einzuwirken, damit diese den für den eigenen Bedarf nicht unbedingt notwendigen Vorrat von Kartoffeln dem allgemeinen Gebrauch freigeben. Zur Erreichung dieses Zieles sei erforderlich, aufklärend dahin zu wirken, daß die ungebührliche, über ein bestimmtes Maß hinausgehende Festhaltung von Ware jedenfalls moralisch nicht als einwandfrei bezeichnet werden könne, und daß, falls die entsprechenden öffentlichen Hinweise nicht genügen sollten, mit Maßnahmen gegen solche Landwirte (selbstverständlich auch Händler) vorgegangen werden müsse, denen nachgewiesen wird, daß sie Kartoffeln zurückhalten und aufspeichern, um auf die allgemeine Preissteigerung zu wirken und aus dem Hochgehen der Preise unberechtigten Nutzen zu ziehen. Als derartige Maßnahme könne allerdings nur die zweiseitige Enteignung in Betracht kommen. Allerdings dürften dann niemals die aufzustellenden Höchstpreise eintreten, sondern gerade umgekehrt besondere Mindestpreise, weil ein Verkauf zu „Höchstpreisen“ dem Besitzer der Ware nur erwünscht sein könne. Es müßte also das Gesetz über die Höchstpreise eine Ergänzung dahin erfahren, daß im allgemeinen der Verkauf freigelassen und nur von Fall zu Fall eingeschränkt, wenn ein wucherisches Festhalten von Ware nachweisbar ist.

Sin und wieder greifen die Behörden ja bereits ein. In den schon mitgeteilten Fällen kommen einige neue. So wurde in Pocholt (Rheinland) ein Höchstpreis von 4 Mark für den Zentner Kartoffeln festgesetzt, und verschiedene Landwirte, die 5 M. forderten, wurden vom Markte verwiesen. Auch aus Rortheim kommt die Meldung, daß ein Händler vom Markt verwiesen worden sei, weil er für anderthalb Zentner 6 M. gefordert habe, während die Stadt einen Höchstpreis von 4,90 M. vorgeschrieben hatte.

Was nützt aber die hier und da angenommene frühe Preisfestsetzung (ganz abgesehen davon, daß die Höchstpreise in der Regel ganz unbegründet hoch sind), solange nicht über das ganze Reich hin Maßnahmen getroffen werden, die Preiswucher und Zurückhaltung der Ware allgemein unmöglich machen? Es ist höchste Zeit, daß die Reichsregierung eingreift!

Kriegsgefangene gegen Arbeitslose.

Hunderttausende von Arbeitslosen suchen Beschäftigung. Ein Teil von ihnen würde gewiß auch geneigt und fähig sein, landwirtschaftliche Arbeiten zu verrichten, sofern sie angemessen bezahlt werden und die Behandlung eine würdige ist. Es scheint aber, daß man daraus verzichtet, diese Arbeitsgelegenheit den Arbeitslosen zugute kommen zu lassen, und daß man in großem Umfange Kriegsgefangene bereit stellt, die für einen ganz minimalen Lohn die Arbeit verrichten. Von überall her kommen Meldungen, daß den größeren Gütern Trupps von je etwa 30 Mann unter Aufsicht von Landsturmmännern überlassen würden, so besonders aus Ostpreußen, aber auch aus Niederland, Kreis Angermünde, Blumenhagen bei Baferswald, Güterberg, U. R., Poylow, Kreis Templin, Bredbin, Kreis Ostprignitz, Binnow, Kreis Angermünde, Jollen, Kreis Soldin, Glasow, Kreis Soldin, Rutenow, Kreis Soldin. Es handelt sich dabei, wie ausdrücklich festgestellt zu werden verdient, größtenteils nicht um Landeskulturarbeiten, sondern um eine regelrechte landwirtschaftliche Tätigkeit.

Ueber die Bezahlung dieser Kriegsgefangenen wird von dem Sierakowitschen Gute in Groß-Waplyk bei Christburg gemeldet, daß die Gefangenen fünf Stunden für ihre Verpflegung tätig zu sein hätten und dann für jede folgende Stunde 10 Pfennige erhielten.

Bei einer solchen „Entlohnung“ kann man sich gewiß nicht wundern, wenn die Gutsbesitzer und Domänenpächter Kriegsgefangene den einheimischen Arbeitern vorziehen. Aber unverständlich muß es genannt werden, daß manche Pe-

rituelle, mit Hilfe anderer Mädchen den Christen ihre gewohnte Kost geben lassen; es bekommt jeder, der nicht so versorgt wurde, 3 Kronen Wohnungsbeitrag und 4 Kronen Wochenunterstützung, dazu noch eine Spende von 3 bis 5 Kronen wöchentlich; es zahlt Prüfungsgelder für die Studenten, besorgt die Fahrkarten zur Rückfahrt, gibt das Reisegeld, wo es not tut — nur eines kann es nicht: Arbeit kann es den Tausenden Flüchtlingen nicht verschaffen. Arbeit darum nicht, weil der Arbeitsmarkt ohnehin übersättigt ist und weil man fürchtet, Lohnbrüder heranzuziehen. Gerade Arbeit aber ist es, was die Menschen am leichtesten über schwere Tage hinwegbringen kann. Das weiß das Komitee, aber dennoch wird jeder seine Gründe nicht nur billigen, sondern sogar preisen. Die Flüchtlinge sollen das Gefühl nicht verlieren, daß sie Flüchtlinge sind, daß Wien ihnen nur vorübergehend Schutz und Dach gewähren kann, daß es dann aber wieder gilt, dahin aufzubauen, was der Krieg zerstört hat. Darum auch dieses Sehnen nach der Heimat, dem man auf Schritt und Tritt begegnet.

Seize Gebete. Gerade dort inmitten des Ghettos von eini, wo bis vor kurzem die Trubung der Auegerei stand, Ploßgasse Nr. 7, schlägt jetzt in frühabendlicher Stunde aus einem Gassenladen mit Blindheiden gedämpfter Lärm. Jetzt geht die Tür auf, und auf Sekunden schlägt wider Stimmenschwall an das Ohr. Wir treten neugierig ein und finden uns in einem dreieckigen Raum, der von dem Schimmer einer Straßenlaterne gerade so viel erhellt ist, daß man sich durch ihn tasten kann. Wände stehen drin und einige Tische, und auf allen Wänden sitzen in drangvoller Enge Männer und auch junge Burchen und singen und schreien mit einer Begeisterung in einträglichem Rhythmus, daß es einem in den Ohren geht. Wie betäubt steht man erst da. Dann unterscheiden wir. Sie schlagen auf die Hände und Tische und trommeln im Takt der eintönigen Gebetsweise, und wilder und wilder schwellen die Stimmen an, es ist, wie wenn alle diese Daben, Jünglinge, Männer und Greise in Verzückung geraten wären. Die verzücktesten von ihnen schlagen sogar mit den Armen herum... . Still schloßen wir wieder hinaus.

„Was tun die da drinnen?“ fragte ich draußen einen Gelockten.

„Weien, Herr! Weien zu Gott für unsere Waffen den Sieg.“

Auch der härtige Infanterist, der mitten unter den Verzückten saß, betete mit. Ein Verwundeter vielschreit, ein Kranter, nach dem Ausschauen seiner, der schon draußen an der Front war. Kann er nicht kämpfen, so betet er wenigstens mit den Seinen für den Sieg, der alles Flüchtlingstollend ernten soll.

So schlagen aus dem Reubau in dem alten Ghettogäßchen jetzt die Gassen in Wien ist, Töne, die in solcher Echtheit auch hier noch nie zu hören waren. Die Strenggläubigen der Strenggläubigen haben nun hier ihre Felle aufgehängt. Und sie singen und schreien, trommeln und klopfen, werfen die Arme durch die Luft und stampfen mit den Weinen — damit sie Gott sehen und hören solle — auf daß er ihre heiligen Gebete um den Sieg, der ihnen wieder die Heimat bringen soll.

Hörden den Wünschen dieser Gutsherren nachgeben und ihnen Kriegsgefangene überlassen. Das scheint durchaus den Richtlinien zu widersprechen, die von den höchsten Stellen über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gegeben wurden, und ist um so weniger am Platze, als die Landwirte in diesem Kriegsjahre ihre Produkte doch wirklich hoch genug bezahlt erhalten, so daß sie auch imstande sind, einheimischen Arbeitern angemessene Löhne zu zahlen.

Es ist auf keinen Fall angängig, daß der hier eingeschlagene Weg der Beschäftigung von Kriegsgefangenen weiter verfolgt wird. Die vorhandene Arbeitsgelegenheit muß einheimischen Arbeitern zugute kommen, eventuell ist es nötig, die Arbeitsvermittlung noch besser zu organisieren, um den Landwirten geeignete Kräfte aus den Städten zur Verfügung zu stellen. Ein Hand-in-Hand-Arbeiten mit den Gewerkschaften ist dabei natürlich Voraussetzung.

Militärbehörden gegen Lohnkürzungen.

Nach dem Beispiel einiger anderer militärischer Befehlshaber hat jetzt auch der kommandierende General des XVIII. Armeekorps eine Bekanntmachung veröffentlicht, in der er sich gegen die unberechtigten Lohn- und Gehaltskürzungen mancher Geschäftsinhaber wendet:

„Beim Generalkommando sind vielfach Klagen darüber erhoben worden, daß Geschäftsinhaber nach Kriegsausbruch die Gehälter und Löhne ihrer Angestellten in erheblichem Maße gekürzt haben. Es ist Pflicht der Geschäftsinhaber als der durchweg wirtschaftlich Stärkeren, auf die Lage der Angestellten in der jetzigen Zeit doppelte Rücksicht zu nehmen, und es muß als verwerflich bezeichnet werden, wenn die gegenwärtige Notlage vieler Angestellter zu Lohnrückzügen benutzt wird. Wenngleich nicht bekannt werden soll, daß auch manche Geschäftsinhaber unter den augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnissen leiden, so gewinnt es doch den Anschein, als wenn die Lohnherabsetzungen in einzelnen Fällen in einer Weise erfolgen, die durch die Verhältnisse des Geschäftsinhabers nicht begründet sind.“

Das Generalkommando will in die Vertragsfreiheit der Geschäftsinhaber in bezug auf die Abfälligkeit der Anstellungsverträge zunächst nicht eingreifen, gibt aber hiermit bekannt, daß alle diejenigen Geschäfte, bei denen in unzulässiger Weise eine Kürzung des Gehalts oder Lohnes der Angestellten erfolgt, von jeglicher Militärlieferung ausgeschlossen werden.

Der kommandierende General:
Gen. Freiherr v. Gaa.

Fortschrittspartei und Kriegsziel.

Die Mitglieder der Landtagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei hielten nach einem Bericht der „Wolff. Ztg.“ einen „gemütlichen Bierabend“ ab, auf dem der Abg. Dr. Bachmide auch etwas wie eine programmatische Rede hielt. Als Ziel des Krieges stellte er die völlige Niederrückung der Gegner hin, um dann fortzufahren:

„Dementsprechend kann auch der Friede nur unter Bedingungen geschlossen werden, die dem Vaterlande und der ganzen Welt dauernden Schutz vor Friedensstörungen verbürgen. Worin diese Bedingungen im einzelnen bestehen, das zu erörtern ist im gegenwärtigen Augenblick unangebracht. Wir versagen es uns daher heute, eine Landkarte Europas zu zeichnen, so wie sie etwa unseren Wünschen und Ansichten entsprechen würde. Aber ebenso wie wir diesen Verzicht aben, müssen wir eine gleiche Zurückhaltung auch von anderer Seite verlangen und fordern, daß man, wie es vereinigt geschieht, nicht grundfänglich jeden Gedanken irgendeiner Annexion verwirft.“

Auch wir verzichten auf eine Erörterung der Friedensbedingungen und der Frage einer Annexion fremden Gebietes, halten es aber für nötig, festzustellen, daß man in den Reihen der Fortschrittlichen Volkspartei einen Eroberungskrieg nicht grundfänglich ablehnt.

Der Prozeß Princip.

Sarajewo, 22. Oktober. (W. Z. V.) Heute wurden wiederum eine große Anzahl von Zeugen vernommen. Es wurden Teile des Buches der Karodna Odbrana verlesen, aus denen hervorgeht, daß in Bosnien und der Herzegowina der Kampf für die Karodna Odbrana durch den serbischen Verein Prosvjeta in Sarajewo geführt wurde. Weiterhin dienten den Helden der Odbrana die wirtschaftlichen Genossenschaften, Lesevereine, Antialkoholvereine und Gesangsvereine. Die Karodna Odbrana vereinigte alle serbischen Sokolvereine. In Bosnien und der Herzegowina gehörten der Vereinigung 22 Sokolvereine an, ferner Vereine in Dalmatien und in Dacka.

Aus dem Protokoll über das Gutachten der Sachverständigen bezüglich der Bomben wurde festgestellt, daß es sich um die bei der serbischen Armee verwandten Handgranaten handelt, welche von derselben Konstruktion sind wie die 10 in Ardo vorgefundenen, den Sachverständigen aus früherer Untersuchung der bekannten Granaten, die in Originalmateralpapier des Kragev-wocer Arsenalis eingewickelt waren. Derartige Handgranaten sind außer in Serbien nirgends in Europa in Verwendung.

Letzte Nachrichten.

Das Eingreifen der englischen Flotte in die Kämpfe an der Kanalflotte.

Amsterdam, 22. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Admiralität berichtet, daß an den Operationen an der belgischen Küste die Monitore „Sveven“, „Humber“ und „Mersey“ erfolgreich teilnahmen, auch seien Mitralkanonen zur Vertreibung Neupostern gelangt.

Die belgischen Kanonenboote seien vor dem Kriegsbeginn beschaffen abgekauft; Wasserverdrängung 1260 Tonnen, Geschwindigkeit 13 1/2 Knoten, für antise Wasser gebaut, 8 1/2 Fuß Tiefgang, zwei 15 Zentimeter, zwei 11 Zentimeter Kanonen, vier Dreipfünder.

Französische Ostaber unterstützen die Engländer. Die Engländer hätten sechseis die Baderste wechlich Ostendes furchbar hergenommen, desgleichen die Tünderdrer. Die Deutschen haben der Bevölkerung geraten, zu flüchten, sie haben die abgelieferten Bürgerwehrwaffen weggeführt. Die belgischen Dänen erreichen hier die größte Breite und Höhe. Die Kanonade sei bis Dover hörbar.

Ein deutscher Kreuzer bombardierte Dshidut im Roten Meer und vernichtete den Bahnbau nach Abis Ababa.

Weitere Erfolge in Galizien und Polen.

Wien, 22. Oktober. (W. Z. V.) Amlich wird gemeldet 22. Oktober mittags: In der Schlacht beiderseits des Strimog gelang es uns, nun auch im Raume südlich dieses Flusses den Angriff vorwärts zu tragen. Auf der herrschenden trigonometrischen Höhe 608 südblich Sary Sambar wurden zwei hinter einander liegende Verteidigungsstellungen des Feindes genommen, Nordwestlich des genannten Ortes gelangte unsere Geschützlinie näher an die Ghauffe nach Starafol heran. Nach den bisherigen Meldungen wurden in den letzten Kämpfen 3400 Russen, darunter 23 Offiziere, gefangen genommen und fünfzehn Maschinengewehre erbeutet. In Gjernowich sind unsere Vortruppen eingedrungen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs, von Guejst, Generalmajor.



Dem Andenten unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Bei den Kämpfen im Westen gefallen
Gustav Volke
Urbanstraße 133, Bezirk 133.
Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 2. Berliner Reichstagswahlkr.

Gefallen im Osten der Lazaretter
Paul Schenker
Boulevardstraße 83.

Am 26. August im Westen gefallen der Vorkämpfer
Georg Müller
Grachstraße 7.
Wahlverein Trepow-Baumschulenweg.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Zweigverein Berlin.
Am 20. Oktober starb unser Mitglied, der Maurer
August Baade
(Bezirk Osten II).
Ehre seinem Andenten!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. Oktober, nachmittags 3 Uhr, vom Krasserhaus, Norddorfer Str. 39, aus nach dem Aufseherhof in Weissenhof statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

- Ferner sind folgende Mitglieder im Felde gefallen:
- Am 25. 8. **Paul Scholz**, Maurer, Bz. Lichtenberg.
 - 8. 9. **Paul Rothe**, Bauarbeiter, Bz. Schmargendorf.
 - 9. 9. **Willi Damm**, Fuhrer, Bz. Charlottenburg.
 - 12. 9. **Robert Janowski**, Maurer, Bz. Norden I.
 - 16. 9. **Adolf Altmann**, Fuhrer, Bz. Schöneberg.
 - 16. 9. **Wilhelm Pickel**, Maurer, Bz. Friedemann.
 - 30. 9. **Richard Kronig**, Maurer, Bz. Lankwitz.
 - 22. 9. **Paul Dupke**, Steinmetz, Bz. Wilmersdorf.
 - 5. 10. **Friedrich Gericke**, Maurer, Bz. Norden II.
 - 6. 10. **Gustav Ziehmann**, Maurer, Bz. Wedding.
- Ehre ihrem Andenten! 144/15

Sozialdemokratischer Wahlverein
l. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises
Stralauer Viertel, Bezirk 323.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Klempner
Wilhelm Dolling
Simon-Dach-Str. 10
gestorben ist.
Ehre seinem Andenten!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 23. Oktober, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle
des Zentralriedhofes in Friedriehs-
felde aus statt. 216/16
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Kreis Niederharnim,
Bezirk Lichtenberg.
Den Genossen zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Gustav Witzke
Frankfurter Chaussee 76
verstorben ist.
Ehre seinem Andenten!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, nachmittags 3 Uhr, von
der Leichenhalle in Marzahn
aus statt. 13/14
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksleitung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
l. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreises,
3. Abt. Bez. 509.
Am Dienstag, den 23. Oktober,
verstarb unser Genosse, der Brauer
Johann Rank
Belforter Str. 15.
Ehre seinem Andenten!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 24. Oktober, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des St. Hedwigs-Kirchhofes
in Weissenhof, Wörthstr. 17, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
231/20
Der Vorstand.

Verband der Brauerei- u. Mühlen-
arbeiter u. verw. Berufsgenossen
Ordnungsamt Berlin.
Den Mitgliedern diene zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Brauereiarbeiter
Johann Rank
Brauerei Friedrichshagen,
verstorben ist.
Ehre seinem Andenten!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des Ders-
Neu-Kirchhofes in Weissenhof,
Wörthstraße 17, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Kreis Niederharnim,
Bezirk Pankow.
Am Mittwoch früh 9 Uhr ver-
starb nach langem, schwerem Lei-
den unser langjähriges Mitglied,
der Genosse
Julius Exner
im Alter von 53 Jahren.
Ehre seinem Andenten!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, nachmittags 3 Uhr,
von der Halle des neuen
Panfomer Friedhofes, Schönholz,
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksleitung.

Nachruf.
Ferner diene den Mitgliedern
zur Nachricht, daß unser Kollege,
der Flaschensticker-Arbeiter
Karl Petzold
im September verstorben ist.
Wir werden sein Andenten in
Ehren halten.
Die Ortsverwaltung.

Turnverein „Eiche“, Köpenick.
Nachruf.
Fern von der Heimat, auf dem
Schlachtfeldern im Westen, sind
unsere lieben Turngenossen
Max Göhring
und
Richard Kleinert,
im Osten
Paul Matthes
dem Tod der Ehre erliegen.
Wir rufen Euch ein Ruhe sanft
in fremder Erde nach.
186/18
Der Vorstand.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125, (Oranienb. Tor),
für Syphilis, Horn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Nata-Kur (Dauer 12 Tage)
Blutuntersuchung, Schnelle, sichere,
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung, Teilzahlung.
Spr. 11-2 u. 5-8, Sonnt. 9-11.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Julius König
Fennigsdorfer Str. 12
am 20. d. Mts. an Magenleiden
gestorben ist.
Ehre seinem Andenten!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 23. Oktober, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Philippus-Kirchhofes,
Wörthstraße, Sde Seebrücke
aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
126/13
Die Ortsverwaltung.

Erstklassige Briketts
Michel
M. S. 50 f. 1000 Stück,
Riesensformat 7, Halbsteine
85 Pf. für 1 Zentner feinst.
Brennholz billigst.
Michel-Brikett-Vertrieb
Neukölln,
Knesbeckstr. 148.
Telephon: 1610 u. 2133.

Zurückgesetzt!
Vorjährige Ulster, Anzüge,
Paletots teilw. von Maß-
stoffen gefertigt zu jed.
annahmbar. Preise abzu-
geben. Ringel, Schneider-
meister, Chausseestr. 31.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Berlin.
Heute Freitag, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Einsetzer.
Sonntag, den 25. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschafts-
haus, Engelauer 15, Saal 3:
Branchen-Versammlung.
Tagesordnung:
Die Pflichten der Mitglieder in jetziger Zeit.
Referent: Kollege Gath. 62/19
Rege Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 1987, 1239, 9714, 185.
Bureau geöffnet von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.

Sonntag, den 25. Oktober 1914, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung
aller in der Metallindustrie beschäftigten Maschin-
arbeiter und Arbeiterinnen
in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18, großer Saal.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Ed. Bernstein über: „Volkswirtschaft-
liche Wirkungen des Krieges jetzt und später“. 2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
Zu dieser Versammlung sind alle in der Metallindustrie beschäftigten
Kobler, Bohrer, Feiler, Stoher, Stanger, Schnittdreher und die an
Maschinen beschäftigten Arbeiterinnen eingeladen.

Sonntag, den 25. Oktober 1914, vormittags 10 Uhr:
Versammlung
aller in Schraubenfabriken beschäftigten Automaten-
einrichter und Einrichter an Einzelbänken
im Luisenstädtischen Kasino, Dranienstraße 180.
Tagesordnung:
1. Die sind unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen während
der Kriegszeit? 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Ver-
schiedenes.

Sonntag, den 25. Oktober 1914, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung
der Maschinenschlosser
in den Musiker-Festjalen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31 (gr. Saal).
Tagesordnung:
1. Jahresbericht. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Achtung! Rohrleger und Helfer!
Sonntag, den 25. Oktober 1914, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung
der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Adolf Cohen. 2. Diskussion. 3. Allge-
meine Branchenangelegenheiten.
Die Mitgliedsbücher sind am Eingang des Saales vorzulegen!

Sonntag, den 25. Oktober 1914, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung
der Metalldrucker Berlins u. Umgegend
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1.
Tagesordnung:
1. Militärarbeit und Verdienst. 2. Diskussion. 126/19
Der nächsten Tagesordnung wegen ersuchen wir die Kollegen, recht
zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

50 M. Belohnung!
Gestohlen wurde am 17. Ok-
tober in der Rossmarienstraße
ein Pferd. Besondere Merk-
male: dänische, braune Stute,
außerordentlich lang gebaut,
rechter Fuß weiche Fessel, am
Kammbein auf beiden Seiten
Wund, durchgezogen. Finder
des Pferdes erhält obige Be-
lohnung. Wagen und Geschirr
wurde im Graunewald ge-
funden. Pferd wird jeden-
falls im Stall verborgen ge-
halten. Warfgrabenstr. 35,
Lindenbergr. 222/3

Arbeiter-
Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

Dranienstr. 37
für Export gearbeitete
Damenmäntel
zu 2576
Spottpreisen.
Fahrgeld wird vergütet.

Blumen- und Franzbinderer
von Robert Meyer,
Znh.: P. Golletz
Mariannenstr. 3. Tel. Mpl. 346

Schnupfer!

achtet auf die ge-
setzlich geschützte
Packung, um
Goldfarb echt zu erhalten!

Gesundheitstabak

J. Goldfarb

Preuss. Stargard.

D.R.W. Z. 10652.

Health snuff tobacco.
Tabak à priser de santé.
Tabaka do zazywania dla zdrowia.
Tabacco da naso alla salute.

Verkäufe.

Leiblich-Thomas, Dranienstr. 44
Ipsitbillig farbige Teppiche, Gardinen,
Bordwürsteln 5 Prozent
Ertzrabatt. 108*

In freien Stunden. Wochen-
schrift für das arbeitende Volk. Romane
und Erzählungen. Abonnements
wöchentlich 10 Pf. nehmen alle Aus-
gabestellen des „Vorwärts“ entgegen.
Probeweise gratis.

Leibhaus Moritzplatz 58a:
laufen Sie spottbillig von Rava liehen
wenig getragene sowie im Verlag ge-
wehene Jackett-, Rodanzüge, Ulster,
Paletots, Serie I: 10-18, Serie II:
20-30 Mark, größtenteils auf Selbe.
Gelegenheitskäufe in neuer Was-
gardrobe, enorm billig. Kleiderstoffe,
Kleider, Kostüme, Blüschmännel, auf
Selbe, früher bis 150, jetzt 20-35 R.
Große Vollen Bekleidungs in Stumpf,
Warder, Rerg, Fuchsen, früher bis
200, jetzt 20-75 Mark. Große Aus-
wahl in Herren-Gehelpen, Gelegen-
heit in Damen-, Kleider, Wagenpelzen.
Ertz-Angebot in Lombard gefellener
Teppiche, Gardinen, Portieren,
Betten, Wäsche, Uhren, Brillanten,
Goldwaren enorm billig nur Moritz-
platz 58a I. 88*

Unterricht.

Unterricht in der englischen
Sprache für Anfänger und Fort-
geschrittene, einzeln oder im Partel,
wird englischer Unterricht erteilt.
Auch werden Uebersetzungen an-
genommen. G. Swients, Liebmann,
Charlottenburg, Stuttgarterplatz 3,
Gartenhaus III. 448*

Verschiedenes.

Patentanwalt Müller, Gützhiner-
straße 16.
Entlaufen. Schäferhund (Polster-
hund), abzugeben gegen hohe Be-
lohnung. Radweg, Weinmeister-
straße 14. 200*

Vermietungen.

Wohnungen.
Charlottenstraße 87, kleine Woh-
nungen sofort billig. 230*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Klavierstimmer. Fast erblindeter
Genosse empfiehlt sich als Klavier-
stimmer. Dasselbach, Reutlin, Kien-
straße 10.

Stellenangebote.

Zattler — Kunt. und Tischler-
macher gegen erhöhten Tariflohn
gesucht. de la Croix, Kassa, Berlin,
SW 47. 113/4*

Möbel.

20 Prozent Rabatt während
des Krieges auf sämtliche Möbel.
Diese gedruckte Möbel billig. Sofa
36.—, Kleiderkasten 36.—, Tisch 15.—,
Bettstelle 28.—, Moderne Arbeiter-
möbel. Tisch, alte Schönbauer-
straße 32. 378*

Möbelverkauf wegen Haus-
umbau! Schreibtische 30,00, Kleider-
schränke 22,00, Bettsofa 22,00, Kom-
moden 12,00, Blüschts 40,00, komplette
Kleiderkabinette 25,00, Ausgabesofa
33,00. Kein Schwundangebot! Dres-
denerstraße 107/108. 308*

Prachtvolle Wohnungseinrichtung,
bibliothekische, alles noch neu, zu-
sammen 225. Rosenbalerstraße 57,
III bei Glas, Geverblsch, Händler
verbeten. 113/13*

Moderne Wohnzimmer! Ruh-
raum, eiche, mahagoni, Schlafzimmer,
alle Holz- und Stahlarbeit, sehr preis-
wert! Klüden, sehr aparte Aus-
führungen, spottbillig! Kellermöbel
nur eigener Fabrikation! Bekleidung
gern gehalten! Möbelhaus* R. W. Schö-
nholz, nur Südosten, Stalitzerstraße 25.
Erm. billiger Möbelnachschlag!
Kleiderkasten 18.—, Damenschrei-
tsch 30.—, Kleiderstuhl 10.—, Bett-
stellen 21.—, Bettsofa 32.—, Klei-
derkabinette 3.—, Küche mit Abwasch
65.—, Andreasstraße 30. 292*

Kaufgesuche.

Jahresbisse, Goldschalen, Silber-
schalen, Platinabfälle, sämtliche Reste
höchstzählend. Schmuckerei Christianat,
Rödenstraße 20 a (gegenüber
Kantienfeldstraße). 108/1*

Kupfer, Messing, Zinn, Blei,
Stannolpapier, Goldschalen, Silber-
schalen, Platinabfälle, Quecksilber,
Jahresbisse, Metallschmelze, Zinn,
Brennstoffe 25 und Reutlin,
Berlinerstraße 76. 105/1*

Rahradverkauf Vintenzstraße 27.
Rahradgesch. Schrader, Weber-
straße 42. 113/15*

Platina, alte Goldschalen, Bruch-
gold, Silber, Gefäße, Goldmatten,
Kleingold, Quecksilber, photographische
Klebstoffe, Kressen, sowie äm-
liche edelmetallhaltige Abfälle laust
Drosch, Edelmetallschmelze Berlin,
Rödenstraße 29. Telephon Moritz-
platz 3476. 113/19*

Quecksilber, Kupfer, jedes Quan-
tum „höchste Preise“ Edelmetall —
Einkaufsbureau, Weberstraße 31,
Telephon. 78*

Kunst- und Bauzeichner ver-
langen für dauernde Arbeit Baueiter
u. Paasche, Kunstschmiede, Berlin-
Wartenburg, Schönbergerstraße 97.

Tüchtige Werkzeug-Schlosser und
Dreher verlangt. R. Kellisch, Mitteln-
geheißstraße, Berlin O., Soubienstr. 21.

Schlosser, Schmiede auf Bau-
konstruktionen verlangt. Trügerlings-
Genossenschaft, Tempelhof, Industriest-
straße. 114/4

Klempner für Werkstatt auf Eichen-
und Messingblech gesucht. Wob
u. Samel, Wilmersdorf, Sabel-
bergerstraße 41. 114/7

Wamiello auf Damen-Wörter ver-
langt. Ullrich, Brunnenstraße 188,
Tel. recht 3 Treppen. 161

Tüchtige Chauffeure
sucht sofort
Automobil-Vertriebs-Aktion-
Gesellschaft, Fennstr. 31.
Vorkündigung vom 10-11 Uhr.

Tüchtige
Reparaturschlosser
sucht sofort Automobil-Vertriebs-
Aktion-Gesellschaft, Fennstr. 31. Vor-
kündigung vom 10-11 Uhr.

Kräfte
Akkordschlichter
werden gesucht.
Reiden Danzigerstr., Gartenstr.
Oberbrückstr. und Landsbergerstr.

Federnfärber
gesucht.
Für sofort oder später wird ein
zuverlässiger Federnfärber, der so-
wohl in Schwarz wie in allen Farben
für Sträußchen- und Fächerfedern,
Kleider usw. selbständig arbeitet, nach
einer süddeutschen Großstadt in
dauernde Stellung gesucht. Offerten
unter Angabe der bisherigen Tätig-
keit und Lohnansprüchen erbeten
unter W. I an die Expedition dieses
Blattes.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 57 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:
Stab des 8. Inf.-Korps, 16. Armeekorps, Kav.-Stabswache.
14. Inf.-Div., Stab.
4. Garde-Reg.; Brig.-Erf.-Bat. Nr. 5; Gren.-Reg. Nr. 12; Inf.-Reg. Nr. 19; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 20; Inf.-Reg. Nr. 25; Brig.-Erf.-Bat. Nr. 26; Inf.-Reg. Nr. 28; Inf.-Reg. Nr. 29; 35; Brig.-Erf.-Bat. Nr. 44; Inf.-Reg. Nr. 55, 58; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 65; Inf.-Reg. Nr. 71, 72, 76, 78, 79, 87; Inf.-Reg. Nr. 88; Gren.-Reg. Nr. 89; Inf.-Reg. Nr. 91; Inf.-Reg. Nr. 94, 99; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 110; Inf.-Reg. Nr. 112, 113; Königs-Inf.-Reg. Nr. 145; Inf.-Reg. Nr. 146, 153, 156, 157, 161, 164, 172; Landw.-Bat. Allenstein I; Jäger-Bat. Nr. 1; Inf.-Jäger-Bat. Nr. 4, 5, 8; Inf.-Maj.-Schw.-Batt. Nr. 3, 4.
Schweres Inf.-Reiter-Reg. Nr. 1; Inf.-Fusaren-Reg. Nr. 5, 7; Ulanen-Reg. Nr. 2, 6, 16; Reg.-Königsjäger zu Pferde Nr. 1; Landw.-Kav.-Reg. Nr. 2.
Inf.-Feldart.-Reg. Nr. 3, 15; Feldart.-Reg. Nr. 45, 61.
Inf.-Fuhrart.-Reg. Nr. 2.
Pionier-Bat. Nr. 2; Pionier-Erf.-Bat. Nr. 4; Pionier-Bat. Nr. 7, 8; 2. Pionier-Bat. Nr. 10, 16; Pionier-Reg. Nr. 23, 24; 1. mobile Landw.-Pionier-Komp. des 16. Armeekorps.
Fernsprech.-Abt. des Korps Eberhardt; Inf.-Fuhrpart.-Kolonnen Nr. 6 des 2. Inf.-Korps; Etappen-Fuhrpart.-Kolonnen Nr. 23 (früher Nr. 8) des 3. Armeekorps; Inf.-Fuhrpart.-Kolonnen Nr. 24 des 8. Armeekorps; Fuhrpart.-Kolonnen Nr. 1 des 16. Armeekorps.

Die bayerische Verlustliste Nr. 22 bringt Verluste des 1. Inf.-Reg. und des Landw.-Inf.-Reg. Nr. 5.
Die sächsische Verlustliste Nr. 30 enthält Verluste der Brig.-Erf.-Bat. Nr. 45, 64; des 8. Inf.-Reg. Nr. 102; Inf.-Reg. Nr. 104; 6. Inf.-Reg. Nr. 105; 8. Inf.-Reg. Nr. 107; 9. Inf.-Reg. Nr. 133; Inf.-Reg. Nr. 133; 11. Inf.-Reg. Nr. 130; 12. Inf.-Reg. Nr. 177; 13. Inf.-Reg. Nr. 178; Inf.-Jäger-Bat. Nr. 13; 3. Fusaren-Reg. Nr. 20; Inf.-Feldart.-Reg. Nr. 24; 4. Feldart.-Reg. Nr. 48; der mobilen Erf.-Abt. des 4. Feldart.-Reg. Nr. 48; des 6. Feldart.-Reg. Nr. 68; 1. Pionier-Bat. Nr. 12; 2. Pionier-Bat. Nr. 22; der Muniz.-Kolonnen-Abt. des 12. Armeekorps.

Die württembergische Verlustliste Nr. 40 enthält Verluste des Brig.-Erf.-Bat. Nr. 45; der Inf.-Reg. Nr. 126, 127; des Inf.-Feldart.-Reg. Nr. 26; der Inf.-Muniz.-Kolonnen-Abt. Nr. 26.

Arbeitslosen-Unterstützung.

Zu dem in Nr. 289 unter obigem Stichwort erschienenen Artikel vom Donnerstag, den 22. Oktober, wird uns vom Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend geschrieben:

Verschiedene Unrichtigkeiten in dem Artikel zwingen uns zu folgender Richtigstellung, damit nicht Verwirrung in die Kreise der Gewerkschaftsmitglieder getragen wird. Soweit von einem Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften geredet werden kann, ist zu bemerken, daß vom Magistrat Schöneberg bisher ein Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften nicht angeboten worden ist. Wird die Gewerkschaftsunterstützung dort voll angedreht, kann man nicht von einem Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften reden. Jedoch hat man es seitens des Magistrats Schöneberg bisher noch nicht mal für notwendig gehalten, den Gewerkschaften eine Mitteilung zu machen, daß die bisherige Arbeitslosenunterstützung — die auch mit den Gewerkschaften eine Regelung vorlag — in Fortfall kommen soll. Statt dessen ist jedoch Stillsitz in die Kreise derjenigen Orte aufzunehmen, die ein Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften beschließen haben.

Des Weiteren ist dem Ausschuss der Gewerkschaftskommission nicht bekannt, daß die Gemeinde Tempelhof zu der Gewerkschaftsunterstützung einen Zuschuß von 50 Proz. zahl. Desgleichen ist uns auch von der Gemeinde Stralau eine derartige Mitteilung nicht geworden.

Die Gewerkschaften können nur da von einem Hand-in-Hand-Arbeiten reden, wo von den Gemeinden mit den Gewerkschaften ein Abkommen in irgendeiner Form getroffen worden ist. Wir stellen also fest, daß Berlin, Stieglitz, Wilmersdorf und Köpenick ein direktes Abkommen mit den Gewerkschaften getroffen haben; und die Orte Schmarzendorf sowie Reich offiziell Mitteilung machten, daß sie die gewerkschaftliche Unterstützung nicht in Anrechnung bringen.

Wir bitten die Gewerkschaftsvorstände, dieses beachten zu wollen, und verweisen im übrigen auf den Bericht der Vorstandskonferenz vom 12. Oktober, wonach die Gemeinden keinerlei Auskunft über Unterstützungsfälle noch über Mitgliedschaft erhalten sollen. Die Gemeinden, welche die Gewerkschaften nur für gut genug halten, die Kontrollarbeiten usw. zu verrichten, mögen sehen, wie sie mit der Kontrolle der Unterstützungsfälle selbst fertig werden.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission
Berlins und Umgegend.

Zu dieser Zuschrift sei bemerkt, daß unsere Zusammenstellung basiert auf die uns über die Beschlüsse der Gemeinden zugegangenen Mitteilungen. Wenn den Gewerkschaften verschiedentlich keine Kenntnis gegeben worden ist, wo man ihrer Mitwirkung bedarf, so ist das entschieden zu beklagen.

Aus Schöneberger Gewerkschaftskreisen geht uns über die Arbeitslosenfürsorge in Schöneberg eine Zuschrift zu, aus der wir folgende Bemerkungen wiedergeben:

Die Notstandsunterstützung ist seit dem 12. Oktober eingeführt und die Arbeitslosenunterstützung nach dem Venter System aufgehoben. (Angeblich nur auf die Dauer des Krieges?) Folgende Summen sollen zur Auszahlung kommen: Ein arbeitsloses Ehepaar erhält 8 M., für jedes Kind 1,50 M. bis zum Höchstbetrage von 17 M., ledige Männliche erhalten 7 M., und ledige Weibliche 5,50 M. pro Woche. In Anrechnung kommen alle Arten von Einnahmen, so auch teilweise der Verdienst erwachsener Kinder, deren arbeitsloser Vater Antrag auf Notstandsunterstützung gestellt hat. Aber auch die Unterstützungen, welche die Gewerkschaften an ihre Mitglieder zahlen, werden voll in Anrechnung gebracht, so daß also alle diejenigen, welche sich früher gegen Arbeitslosigkeit versicherten, dies zugunsten der Kommune getan haben. Man bognigt sich aber nicht mit der Kontrolle durch die Gewerkschaften, sondern verlangt, daß die Arbeitslosen dreimal wöchentlich im Arbeitsamt erscheinen und daß sie ihnen überwiefene Arbeiten annehmen müssen. Darüber, ob der betreffende die Arbeit leisten kann, entscheidet der Arbeitsvermittler. Dem ganzen wird aber die Krone dadurch aufgesetzt, daß man von den Gewerkschaften verlangt, die Schöneberger Unterstützung unter Anrechnung der Gewerkschaftsunterstützung auszugeben. Man verlangt also dafür, daß an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter weniger Unterstützung gezahlt wird als an alle übrigen, die Gewerkschaften dazu Handlangerdienste leisten sollen, damit die Stadt Schöneberg ganz bedeutende Ersparnisse an Verwaltungsausgaben machen kann.

Alle Arbeiterorganisationen sind gern bereit, Kosten und Kosten auf sich zu nehmen, wenn ihren Mitgliedern etwas Ersparrliches geboten wird. Das ist zur Genüge bewiesen durch das Zusammenarbeiten mit Berlin und Stieglitz. Es kann niemals als eine wahre Fürsorge angesehen werden, wenn man den in Not Geratenden den Unterstützungsbezug so erschwert, wie es hier geschieht.

Um Unterstützung zu erhalten ist folgendes notwendig: Der

Arbeitslose geht mit seinen Papieren versehen nach dem Rathaus und stellt Antrag; er wird gefragt, wo, wie, wann und was er gearbeitet hat, ob er organisiert ist und wieviel Unterstützung er dort erhält. Es wird dann recherchiert, ob er bedürftig ist, und festgestellt, welche Abzüge eventuell zu machen sind. Darauf wird der Berufsvereinigung mitgeteilt, was an Unterstützung zu zahlen ist, vorausgesetzt, daß sich der Betreffende dreimal pro Woche zur Kontrolle auf dem Arbeitsamt gestellt hat.

Also nicht die Kontrolle der Gewerkschaften genügt, auch nicht die Durchführung derselben, es wird aber von ihnen verlangt, daß sie unter oben angeführten Bedingungen auszahlen, sie dürfen der Stadt Schöneberg auf Wochen, vielleicht auf Monate hinaus das Geld vorschleichen.

Keine Berufsvereinigung kann auf dieses Anerbieten eingehen, Arbeiten zu übernehmen, welche ihren Mitgliedern nur Nachteile bringen. Der Staat und die Gemeinden sind jetzt mehr als je verpflichtet, für ihre Einwohner zu sorgen. Wollen einige Behörden die Arbeiterorganisationen nicht als das anerkennen, was sie den Arbeitern in Wirklichkeit sind, so sollen dieselben Behörden aber auch die Verwaltungsarbeiten und sämtliche Kosten der Arbeitslosenfürsorge allein bewältigen; weil einzig und allein sie dazu verpflichtet sind.

Dürfen juristische Personen in die Wählerliste aufgenommen werden?

Ein wichtiger kommunaler Stimmrechtsstreit, der die Aufnahme juristischer Personen in die Wählerliste betrifft, beschäftigte am 22. Oktober das preussische Oberverwaltungsgericht. In die Wählerliste der Stadtgemeinde Lichtenberg für 1913 waren außer dem Eisenbahnsiskus und der Friedrichsberger Bank noch folgende acht juristische Personen aufgenommen worden: Stadt Berlin, Siemens u. Halske A.-G., Aktiengesellschaft Ebert, Aktiengesellschaft Anilinfabrikation, Knorr-Druckerei A.-G., Kadelwerke, Große Berliner Straßenbahn, Spreitan A.-G.

Genosse John klagte auf Streichung der genannten Institute und Firmen aus der Liste. Da die Wählerliste bei den einzelnen Wählern deren Steuern nur summarisch nenne, ohne die auf die verschiedenen Staats- und Gemeindesteuern entfallenden Beträge aufzuführen, und da ferner der Magistrat eine entsprechende Auskunft verweigert habe, so müsse er bestritten, daß die genannten Institute und Gesellschaften die Voraussetzungen des § 8 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 erfüllten. — Nach § 8 juristische Personen das Wahlrecht in einer Stadt zu, wenn sie dort seit einem Jahre mehr als einer der drei höchstbesteuerten Einwohner, sowohl an direkten Staats- als an besonderen direkten Gemeindeabgaben und Zuschlägen zur Stateinkommensteuer, entrichteten.

Der Bezirksausschuss erkannte nur auf Streichung des Eisenbahnsiskus und der Friedrichsberger Bank, wies aber hinsichtlich der übrigen juristischen Personen die Klage Johns ab. Die Streichung des Fiskus erfolgte, weil dieser überhaupt keine Stateinkommensteuer zahlte, und die Streichung der Friedrichsberger Bank, einer Genossenschaft mit beschränkter Haftung, wurde ausgesprochen, weil nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts die Genossenschaften mit beschränkter Haftung keine juristischen Personen im Sinne der älteren Städteordnungen seien, es sich hier also nicht um eine juristische Person im Sinne der Städteordnung von 1853 handelte.

Bzüglich der Stadt Berlin und der weiter genannten sieben Firmen wies der Bezirksausschuss den Antrag des Klägers mit der Begründung ab, daß die summarischen Steuerangaben bei den Namen der Wähler in der Liste gesetzlich genügen und daß bezüglich dieser acht juristischen Personen Gründe dafür, daß sie die Voraussetzungen des § 8 der Städteordnung nicht erfüllen, weder beigebracht worden, noch sonst aus den Vorgängen ersichtlich seien.

Der Kläger John legte Berufung ein und verlangte auch die Streichung jener acht juristischen Personen.

Das Oberverwaltungsgericht hob darauf das Urteil des Bezirksausschusses hinsichtlich der noch in der Wählerliste verbliebenen acht juristischen Personen auf und verwies die Sache insoweit an den Bezirksausschuss zurück.

Gründe: Allerdings seien die summarischen Steuerangaben auch bei den einzelnen juristischen Personen gesetzlich gerechtfertigt; die Gemeindesteuerbeträge und die Stateinkommenbeträge brauchten nicht getrennt aufgeführt werden. Der Bezirksausschuss habe aber die Obliegenheiten des Verwaltungsrichters im Listenberichtigungsverfahren nicht richtig gewürdigt. Von Amts wegen habe sich seine Prüfung auf den erhobenen Einwand im ganzen Umfang zu erstrecken. Nachdem J. behauptet habe, jene juristischen Personen erfüllten nicht die Voraussetzungen des § 8, hätte der Bezirksausschuss dies selber nachprüfen müssen. Er tat es nicht. Er müsse es nun nachholen.

Aus Groß-Berlin.

Pfarrer Wirtz in Dresden verhaftet.

Wie die Schöneberger Kriminalpolizei ermitteln konnte, führte die Spur des seit dem vorigen Freitag flüchtigen ehemaligen Pfarrers an der Kirche zum Heilbrunn, Friedrich Wirtz, nach Dresden, wo er eine Zusammenkunft mit einem Berliner „Geschäftsfreund“ hatte. Auf Ansuchen der Schöneberger Kriminalpolizei wurde Wirtz von der Dresdener Polizeibehörde in einem der ersten Hotels der Stadt festgenommen und dem dortigen Gericht vorgeführt, von wo aus seine Ueberführung nach dem Moabitler Untersuchungsgefängnis erfolgen wird.

Die Angelegenheit des ehemaligen Pfarrers Friedrich Wirtz aus Schöneberg zieht immer weitere Kreise. Wie die bisherigen Ermittlungen ergeben, hat Wirtz es verstanden, unter dem Deckmantel des Seelforgers Schwindelacten von geradezu unerhörtem Umfange auszuführen. Entgegen anderen Behauptungen läßt sich schon jetzt sagen, daß die Gesamthöhe der von W. verübten Veruntreuungen — abgesehen von der Wittig seiner Gattin — fast die stattliche Höhe von anderthalb Millionen Mark betragen. Es finden sich immer neue Gläubiger ein, die Angaben über die Höhe der ihnen abgeschwindelten Summen machten. Ueber die Vergangenheit Wirtz' sowie über die Art und Weise, wie er seine Opfer zu belüden wußte, und in welcher Weise er die ihm übergebenen Gelder wieder ausgab, wird uns folgendes mitgeteilt: Wirtz wirkte zuerst in Wittenberge und übersiedelte im Jahre 1912 nach Berlin, wo er zunächst eine Wohnung im Pfarrhaus der Apostel-Paulus-Gemeinde bezog. Als dann die Gemeinde zum Heilbrunn gegründet wurde, richtete er sich eine luxuriös ausgestattete Wohnung in dem dortigen Pfarrhaus ein. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man den Wert der Einrichtung allein mit 200 000 M. beziffert. Er machte ein großes Haus, das weder zu seinem Stande noch zu seine Einkommen — er bezog von der Gemeinde 8000 M., von seinen Schwägerinnen 3000 M. jährlich — in Einklang zu bringen war. In dem Hause Wirtz' befand sich durchaus gute Gesellschaft und die Gastereien des weltgewandten ehemaligen Pfarrers, bei dessen Gastmählern der Sekt in Strömen floß, waren bestens bekannt. Nach jeder Besinde

sich in der Wohnung Wirtz' ein recht umfangreiches Sekt- und Weinlager. Wirtz, der große Reisen durch die Schweiz und Italien machte, fuhr meist mit seiner Gattin und deren Gesellschaftsdame, wobei er sich unterwegs mit Vorliebe des Automobils bediente. W. war auch dem schönen Geschlecht außerordentlich zugetan und scheute keine Kosten, um seinen galanten Abenteurern nachgehen zu können. Seine Beziehungen erstreckten sich über weite Kreise. Bei seinen Betrügereien hat W. sich nicht gescheut, selbst die geringen Ersparnisse alleinstehender Frauen zu nehmen, die so um ihr ganzes Vermögen gebracht worden sind. Immer arbeitete er nach dem gleichen Muster. Er brauchte das Geld nie für sich, sondern immer für andere. Einmal für ein Mitglied des Gemeinderates, ein anderes Mal für eine Offizierswitwe, für bekannte wohlhabende Fabrikanten usw. Mit welcher Sicherheit Wirtz zu arbeiten und seine Opfer zu belüden verstand, geht schon daraus hervor, daß er bei den Geldgebern vordruckte Darlehensformulare und Quittungen benutzte, ohne daß diesen das Handwerksmäßige der Geldvermittlung aufgefallen wäre. Ein Schöneberger Stadtverordneter ist durch Wirtz um mehrere Hunderttausend Mark, eine Offizierswitwe um über 50 000 Mark geschädigt worden. Im übrigen dürften die von dem Schwindler jetzt Geplünderten kaum etwas wieder erlangen. Die veruntreuten Summen hat W. zum kleinen Teil in Wertpapieren angelegt, die durch den Kriegsausbruch illusorisch geworden sind, teils sonst verausgabt. Wahrscheinlich dürfte die Verhaftung Wirtz' noch weitere Folgen haben, doch muß zunächst abgewartet werden, welche Höhe die Untersuchungen noch annehmen werden. Erst die Vernehmung des ehemaligen Geistlichen dürfte über die Anlage eines Teils der Summen einigen Aufschluß gewähren.

Ein Abschiedsgruß.

Bis kurz vor seinem Ausrücken ins Feld war der Genosse Friedrich Gerike in der 7. Abteilung des sechsten Kreises als Bezirksführer tätig. Jetzt kommt die Nachricht, daß Gerike im Felde gefallen ist. Kurz vorher sandte er an seine Angehörigen von der Feldwache aus ein Schreiben in Gedichtform, das wir nach einigen Änderungen als eine Art letzten Gruß wiedergeben. Es lautet:

Auf Feldwache im Reichsatal am 4. September 1914.

Die dunklen Nebel steigen schon über die Wiesen empor, bedecken die sinkende Sonne mit ihrem trüben Flor.

Die ersten Sterne wagen schnell einen kurzen Blick und tauchen wieder unter und bringen andre mit.

Und hinter Volens Wäldern, hinter den Volkswäldern der langsam steigende Vollmond leitet den Abend ein.

Es ist nun Nacht geworden Friede in aller Flur, irgendwo in der Ferne klappt ein Wagen nur.

Doch Schein ist dieser Friede, Kamrad, sieh' diese Wehr an dein und meiner Seite, sie gibt uns andre Lehr.

Warum stehn wir denn beide hier einsam auf der Wacht? Das macht der Krieg im Lande, der hat uns hergebracht.

Siehst du im Norden dunkel, wie sich's im Nordstern hebt, wie dort ein zudend Wetter die Finsternis belebt?

Wenn Abendlühle sinket, steht man Gewitter jeh, das ist das Wetterleuchten der spielenden Batterien.

Was heller Tag verborgen, dort hinten die milde Schlacht, das lüftet uns zur Stunde die finst're, finst're Nacht.

Zur Regelung der Mietfrage

teilt das Nachrichtenamt des Magistrats folgendes mit: Die Verhandlungen der Berliner Gemeindebehörden über die Regelung der Mietfrage sind in vollem Laufe. Es steht zu hoffen, daß wir in der nächsten Woche zum Abschluß gelangen werden. Da hierbei als Ausgangspunkt die Einrichtung von Mieteinigungsämtern gewählt ist, die ihre Tätigkeit auf Mietverhältnisse über Wohnungen bis zu einem jährlichen Mietwert von 400 M. erstrecken sollen, so wird es von Interesse sein, festzustellen, in welchem Umfange die Berliner Wohnungen von der neuen Einrichtung berührt werden.

Unter den 467 871 Berliner Wohnungen (ohne Gewerberäume) gibt es solche mit einem jährlichen Mietpreis bis 200 M. 44 087, von 200 bis 300 M. 148 143, von 300 bis 400 M. 98 761 und von 400 bis 500 M. 65 063. Es umfaßt also, was die Zahl der Wohnungen anbelangt, der Vorschlag des Magistrats etwa drei Viertel aller Berliner Wohnungen. Galt man hiermit zusammen, daß durch die vielerleitet noch eine Erhöhung erfahrenden Mietbeihilfen, die an Kriegsfamilien gezahlt werden, etwa 45 000 Familien bedacht werden, so ergibt sich, daß man in Berlin den vorhandenen Schwierigkeiten auf einem praktisch gangbaren Wege beizukommen sucht.

Kreistag Niederbarnim.

Der Kreistag beschloß die Aufnahme einer Anleihe von 1 Million Mark, die zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit Verwendung finden soll. Die eingeleiteten Verhandlungen sind soweit abgeschlossen, daß die Kreisausschüsse von Groß-Schöneberg nach Groß-Dölln, vom Summit nach Lehnitz und von Hersfelde einerseits und Rogel andererseits zur Kreisausschuss Erkner-Neuhartmannsdorf demnach in Angriff genommen werden können. Bei dem großen Projekt des Baues einer Straße von Lichtenberg-Friedrichsfelde über Mahlsdorf nach Dahlenitz haben die Friedrichsfelder Anlieger für die Abtretung des Straßenlandes Forderungen gestellt, die weit über das Maß dessen hinausgehen, was billigerweise zugestanden werden kann. Die Ausführung wird deshalb zunächst unterbleiben müssen. Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete die Aufnahme einer weiteren Anleihe von 5 Millionen Mark zur Unterstützung der 16 000 bis 18 000 Familien von Kriegsteilnehmern. Bei dieser Gelegenheit meinten geforderten Kriegsausfälle nachträglich bis auf 25 Proz. herabgesetzt worden sind, wodurch die Gemeinden in die Zwangslage kommen, entweder die Differenz zu zahlen oder die bewilligte Unterstützung um den herabgesetzten

Prozentfuß zu kürzen. Vom Kreisaußschuß wurde betont, daß die Nachprüfung in jedem Falle gewissenhaft erfolge und auch loyal gehandhabt werde. Außerdem stehe den Beteiligten ja auch die Beschwerde an den Landrat offen.

Gesellschaftliche Mietsfürsorge

fordert ein Antrag, mit dem sich die am Mittwoch abgehaltene Stadtverordnetenversammlung in Schöneberg beschäftigt. Danach soll dem Preussischen Landtag ein Gesetzentwurf unterbreitet werden, der die Errichtung von Mietämtern und die Gewährung von Mietunterstützungen während des Krieges verlangt. In allen Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern sollen Mietämter eingerichtet werden. Die Mietämter sollen die Vermittlung zwischen Mietern und Vermietern bei Streitigkeiten und die mit der Prüfung der Mietunterstützungsanträge verbundenen Arbeiten übernehmen. Die Mietunterstützung soll nicht als Armenunterstützung gelten und darf nicht mehr als 75 Proz. der fälligen Miete betragen. Bei Zahlung der Unterstützung kann ein bestimmter Mietnachschuß gefordert werden, der 25 Proz. nicht übersteigen darf.

Zur Aufbringung der dazu erforderlichen Mittel sind die Gemeindebehörden berechtigt, eine einmalige Kriegsteuer bis zu ein pro Tausend des Wertes von dem vorhandenen Grundbesitz zu erheben. Ferner sollen die Gemeinden berechtigt sein, eine ebensolche Steuer von den Hypothekengläubigern für die auf den Grundbesitz lastenden Hypotheken zu erheben. Die Gemeinde dagegen ist verpflichtet, in demselben Prozentfuß von dem in der Gemeinde befindlichen Grundbesitz gleichfalls zur Mietunterstützung beizutragen.

Der Staat hat jeder Gemeinde den gleichen Betrag als Zuschuß zu zahlen, den sie von dem Grundbesitz erhält. Zu diesem Zweck soll ein Betrag von 40 Millionen Mark bereitgestellt werden.

Die nicht verwendeten Mittel dieses Betrages sollen nach Beendigung des Krieges für die Kriegsteilnehmer und deren Hinterbliebenen verwendet werden.

Die Vorlage wird vom Stadt. Aussch. (Kb.) vertreten, der bemerkt, daß durch das Gesetz die Kriegsteilnehmer die Sorge für die rückständigen Mietforderungen abgenommen werden soll.

Bürgermeister Planckstein kann sich für den Magistrat nicht mit der Vorlage einverstanden erklären, da zu diesem Vorlage eine eingehende Begründung notwendig sei. Bis zur Ausarbeitung der Begründung dürfe der Landtag schon geschlossen sein.

Genosse Rolke weist darauf hin, daß es eigentlich Aufgabe des Reiches sei, diese Vor schläge durchzuführen, da das Reich die kriegsführende Macht sei.

Stadt. Jehow (Lib. Ver.) wirft dem Magistrat vor, daß er die Absicht habe, die Angelegenheit zu verschleppen. Da das einschlägige Material dem Magistrat vorlag, hätte er sich schon längst mit der Sache beschäftigen können.

Nach einigen redaktionellen Änderungen wurden diese Grundzüge angenommen.

Arbeitslosenunterstützung in Lübars und Waidmannslust.

Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung, an die Erwerbslosen eine bestimmte Unterstützung zu zahlen. Danach erhält aus Gemeindegeldern jedes Familienhaupt 50 Pf., und jedes Familienglied 30 Pf. pro Tag. Die Meldestelle für erwerbslose Gemeindegeldbesitzer befindet sich im Gemeindebureau, Oranienburger Chaussee, Ecke Dianastraße. — Zur Unterstützung der ostpreussischen Flüchtlinge wurden 50 M. bewilligt.

Warenzeichenschutz.

Ämtlich wird mitgeteilt: Bei dem Kaiserlichen Patentamt werden jetzt häufig Anmeldungen eingereicht, in denen für Worte und Darstellungen, die auf die gegenwärtigen kriegerischen und politischen Ereignisse Bezug haben, der Warenzeichenschutz begehrt wird. Die freie Benutzung solcher Worte und Darstellungen (z. B. der Name von Schlachten, Schiffen, Heerführern usw.) bei der Ausstattung und Heilbung von Waren entspringt einem allgemeinen Bedürfnisse, und der Verkehr sieht in solchen Zeichen mehr einen Ausdruck vaterländischer Gesinnung als einen geschäftlichen Hinweis auf eine bestimmte Ursprungsstätte der Ware. Bezeichnungen dieser Art entbehren daher im allgemeinen der Unterscheidungskraft im Sinne des § 1 des Warenzeichengesetzes vom 12. Mai 1894 und dürfen nicht durch Eintragung in die Zeichenrolle zum Gegenstande von Sonderrechten einzelner gemacht werden.

Von den zuständigen Abteilungen des Patentamts werden daher Anmeldungen, welche diesem Grundsatze widersprechen, zurückgewiesen. Es wird den Gewerbetreibenden empfohlen, zur Erspahrung von Kosten und Umständen von der Einreichung derartiger aussichtsloser Anmeldungen Abstand zu nehmen.

Merksblatt an die Soldaten.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat in Erkenntnis der großen Gefahren, welche erfahrungsgemäß in Kriegszeiten sowohl der Zivilbevölkerung wie der ganzen Nation durch das ungeheure Anwachsen der Geschlechtskrankheiten drohen, ein besonderes Merksblatt für Soldaten ausgearbeitet, welches den gefährdeten Truppen warnende Ratsschläge zur Verhütung von Infektionen mit Geschlechtskrankheiten gibt. Das Merksblatt soll sowohl an die Soldaten in den heimischen Garnisonen als auch an die in den fremden Quartieren lagernden Truppen verteilt werden. Die Geschäftsstelle der Gesellschaft, Berlin W., Wilhelmstr. 48, gibt jede Anzahl kostenlos ab.

Warttätigkeit und Kriegsausbruch.

Beim Ausbruch des Krieges mußte begreiflicherweise die Vaulust eine Abnahme erleiden und die Warttätigkeit ins Stoden geraten. Wie stark in Berlin der Rückgang war, erhebt man aus den jetzt für den ersten Kriegsmontat vorliegenden Zusammenstellungen des Berliner Statistischen Amtes. Die Zahl der Vaugesuche hatte im Jahre 1914 für die sieben Monate Januar bis Juli sich auf 588, 610, 667, 609, 603, 655, 699 belaufen, der Monat August aber brachte nur noch 310 Vaugesuche. Ähnlich verminderten sich im August die Vauscheinerteilungen und die für geringere Vausausführungen gewährten Vaugenehmigungen. In den Monaten Januar bis Juli und dann im August wurden an Vaugenehmigungen 241, 234, 294, 286, 347, 263, 324 und 182, an Vauscheinen 52, 59, 61, 66, 81, 63, 78 und 44 ausgereicht. Die Vaugenehmigungen und Vauscheine dieser Monate betrafen 75, 90, 86, 110, 148, 86, 103 und 67 Gebäude, darunter 49, 63, 45, 48, 72, 43, 64 und 29 Neubauten.

Volkskonzerte.

Das nächste Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet am Donnerstag, den 29. Oktober, in der Berliner Union-Bräuerei, Hasenheide 22-31, statt. — Der Vorverkauf zu den Volkskonzerten findet statt: In der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Augustburger Str. 61, in der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelauer 15, Zimmer 13, außer Sonnabends nachmittags und in den betreffenden Konzertsälen. Die im Vorverkauf nicht untergebrachten Karten werden abends an der Kasse verkauft. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf., Kassenöffnung 7 Uhr, Beginn des Konzerts 8 Uhr.

Aus Furcht vor einer Operation erhängt hat sich gestern abend in der Laubentolonie „Sorgenfrei“ am Rönnebamm unweit der Jungfernheide der 45jährige Arbeiter Paul Schölze aus Charlottenburg, Dandelmännstr. 42. Er sollte heute in einer Klinik wegen eines Gallensteinlebens operiert werden. Schölze war am Nachmittag nach seiner Laube gefahren und hatte noch die letzten Feldfrüchte geerntet. Als ihn seine Frau abholen wollte, fand sie ihn in der Laube erhängt vor.

Feuer in der Strafanstalt Zegel.

In der Nacht zum Donnerstag kam in der Strafanstalt zu Zegel nahe dem Zegeler Schießplatz Feuer aus. Als die Berliner Feuerwehr, die telephonisch zur Hilfe gerufen worden war, an der Brandstelle ankam, brannten Bretter und Holzballkenden usw. in der Anstaltskücherei. Es gelang mit zwei Schlauchleitungen den Brand auf die Kücherei zu beschränken.

Auf der Straße vom Tod überrascht wurde vorgestern nachmittags die 57 Jahre alte Ehefrau Johanna des Gärtners Dehn aus der Oranienstraße. Sie brach vor dem Hause Lindenstr. 11/12 plötzlich zusammen, schlug im Fallen mit dem Kopf gegen das Rad eines Wagens, der an der Vorderwelle stand und blieb besinnungslos liegen. Leute, die dazu kamen, nahmen sich ihrer an, brachten sie nach dem Fluß des nächsten Hauses und riefen einen Arzt. Dieser konnte aber nur noch den Tod feststellen. Die Frau war einem Herzschlag erlegen.

Schwere Straffälle.

Gestern abend gegen 9 1/2 Uhr fuhr in der Soeben-Edel-Tulmstraße infolge falscher Weichenstellung ein Straßenbahnwagen der Linie 4 auf einen Wagen der Linie 3. Der Zusammenstoß war so stark, daß bei beiden Wagen die Führerstände total zertrümmert wurden. Circa 15 Personen wurden verletzt, darunter ein etwa 20jähriger Mann, der an den Augen beschädigt wurde und auch noch anderweitige Verletzungen davontrug. Einige ältere Damen erlitten Schnittwunden durch Glasplitter. Die Feuerwehr wurde zu den Aufräumungsarbeiten herangezogen.

Zwei andere Straffälle ereigneten sich Mittwoch abend in der Andreas- und in der Königgräber Straße. An der Ecke der Langen und Andreasstraße geriet ein betagter und gebrechlicher Mann unter einen Geschäftswagen; er wurde schwer verletzt, in besinnungslosem Zustand, nach der Hofstraße gebracht. Der Verunglückte, ein mittelgroßer Mann von etwa 65 bis 70 Jahren, trug einen älteren Anzug, eine blaue Schirmmütze und Schäftstiefel und hatte einen Kasten mit Knöpfen und Pfestpfaster bei sich. — Vor dem Hause Königgräber Str. 108 wurde eine Frau von etwa fünfzig Jahren, ihrer Kleidung nach eine Arbeiterin, von einem Radfahrer umgestoßen. Sie fiel so schwer auf den Kopf, daß sie im Krankenhaus am Urban noch besinnungslos danielerliegt.

Dem Kaiserin-Auguste-Viktoria-Haus zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich, Charlottenburg V, Mollwitz-Privatstraße, sind von einer Gönnerin, die ungenannt bleiben will, 3000 M. zur Verfügung gestellt worden mit der Bestimmung, daraus die Kosten für zur Aufnahme gelangende bedürftige kranke Kinder von Kriegsangehörigen bzw. durch den Krieg arbeitslos Gewordenen zu bestreiten. Die unentgeltliche Aufnahme im Kaiserin-Auguste-Viktoria-Haus (kranke Kinder bis zum 6. Jahre) ist von einer vorherigen ärztlichen Untersuchung in der Poliklinik der Anstalt — täglich von 12 bis 1 Uhr — abhängig.

Kinderrückführung in Charlottenburg.

In jeder der Charlottenburger Säuglingsfürsorgestellen findet auch während des Krieges eine besondere Wochensprechstunde für Kinder vom 1. bis zum vollendeten 6. Lebensjahre statt. In diesen Sprechstunden werden in regelmäßigen Zwischenräumen zunächst solche Kinder, die bis zum vollendeten 1. Lebensjahre bereits die Fürsorgestelle besucht haben, weiter vorgestellt. Zugelassen zu diesen Sprechstunden werden jedoch alle Kinder im Alter von 1-6 Jahren, auch wenn sie die Säuglingsfürsorgestellen vorher nicht besucht haben. Mütter und Pflegerinnen erhalten in diesen Sprechstunden unentgeltlich spezialärztlichen Rat über die für das Gedeihen des Kindes gebotenen Maßnahmen. Eine ärztliche Behandlung findet nicht statt. Die Sprechstunden werden an folgenden Tagen abgehalten: Säuglingsfürsorgestelle I, Berliner Str. 137: Mittwoch 2-3 Uhr; II, Wilhelmsdorfer Str. 111: Dienstag 3 bis 4 Uhr; III, Rixdaplaz 5a: Freitag 1-2 Uhr; IV, Rehringstr. 11: Dienstag 3 1/2-4 1/2 Uhr; V, Kaiserin-Augusta-Allee 102: Dienstag 2-3 Uhr; VI, Kaiserin-Auguste-Viktoria-Haus, Mollwitzstr.: Mittwoch 2-3 Uhr; VII, Horstweg 28: Donnerstag 2-3 Uhr. — Die Mütter und Pflegerinnen, die zugleich einen Säugling und ein größeres Kind in der Fürsorgestelle vorstellen wollen, können ausnahmsweise auch die größeren Kinder in der Säuglingsprechstunde mitvorstellen.

Aus der Organisation. Wie in der Generalversammlung des Wahlvereins Weihensee mitgeteilt wurde, nehmen von 2100 Mitgliedern 500 am Kriege teil. Es soll nunmehr das Hausvertrauensmännersystem eingeführt werden. Der Massenbericht wurde als zufriedenstellend bezeichnet. Anstatt des Genossen Grubler wurde Genosse Rohlkopf zum 2. Vorsitzenden gewählt. Als Führer der zweiten Abteilung fungiert Genosse Max Bente und als Obmann des Jugendbundes Genosse Paul Reumann. Am Sonntag, den 25. Oktober, nachmittags 5 Uhr, findet die Eröffnung des Jugendheims in der Gädlerstraße, gegenüber dem Gemeindebureau, statt. Zum Schluß wurde noch auf den von den Freien Volkshäusern am Sonntag, den 8. November, in der Aula des Realgymnasiums, Woellpromenade, veranstalteten Kunstabend hingewiesen. Der Eintrittspreis beträgt nur 10 Pf.

Volkstanzabend in Mariendorf. Der dritte Volkstanzabend findet am Sonnabend, den 24. Oktober, 8 Uhr abends, in der Aula des Realgymnasiums, Kaiserstr. 17/21, statt. Einladungskarte 10 Pf. sind noch im Konsumverein zu haben. Programm: Frauenterzett und Klavier.

Bewerkschaftliches.

Städtischer Stellennachweis für Handelsangestellte.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hat sich wiederholt an die städtischen Behörden Berlins und der Vororte gewandt mit dem Ersuchen um Errichtung eines städtischen Stellennachweises für Handelsangestellte. Nun hat am 14. d. M. eine Konferenz von Vertretern des Berliner Magistrats mit Vertretern der verschiedenen Handlungsgehilfen- und Angestelltenorganisationen stattgefunden, wo die Frage des städtischen Stellennachweises behandelt wurde. Das Ergebnis dieser Konferenz besprach Paul Lange, der Vorsitzende des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen am Mittwoch in einer stark besuchten öffentlichen Versammlung von Handelsangestellten.

Der Referent führte unter anderem aus: Mit dem Vertreter des Zentralverbandes stimmten im wesentlichen auch die Vertreter des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, des Bundes der technisch-industriellen Beamten und des Deutschen Technikerverbandes darin überein, daß die Errichtung einer städtischen Stellenvermittlung dringend notwendig ist

und daß diese Einrichtung geeignet ist, die gegenwärtig bestehenden, die Angestellten schwer belastenden Mißstände der Stellenvermittlung zu beseitigen. Zunächst schien der Verlauf der Konferenz dieser Auffassung zu entsprechen. Dann aber vertrat Dr. Freund, Vorsitzender des Zentralvereins für Arbeitsnachweis, den Standpunkt, die Stadt könne einen Stellennachweis für kaufmännisches Personal nur unter der Voraussetzung errichten, daß die kaufmännischen Organisationen ihre eigenen Stellennachweise aufgeben. Davon wollen der Leipziger und der 1888er Handlungsgehilfenverband nichts wissen. Sie wollen ihre Stellenvermittlung beibehalten. Da sie auf diesem Standpunkt verharren, kann man es dem Deutschnationalen Verband nicht verargen, wenn auch er seine Stellenvermittlung nicht aufgeben will. Angesichts dieser Sachlage erklärte der Magistratsvertreter, Stadtrat Raab, er könne, da die Handlungsgehilfenorganisationen nicht genug Entgegenkommen zeigen, die Errichtung eines städtischen Stellennachweises dem Magistrat nicht empfehlen. Da die organisierten Handlungsgehilfen ihre Stellennachweise haben — meinte der Stadtrat — könne vielleicht ein Stellennachweis für Nichtorganisierte eingerichtet werden.

Der Referent sprach die Hoffnung aus, daß der Magistrat trotzdem noch zu einer der Sache günstigeren Auffassung kommen möge. In Hannover, Köln und Breslau sind städtische Stellennachweise errichtet worden, ohne daß man von den Handlungsgehilfenorganisationen verlangte, sie sollten ihre eigenen Nachweise aufgeben. So könnte es auch in Berlin gemacht werden. Die städtische Stellenvermittlung ist eine so gute Sache, daß sie sich trotz der Stellenvermittlung der Vereine durchsetzen wird. Wenn der Standpunkt des Dr. Freund maßgebend sein soll, dann begünstigt man die Bestrebungen der Gegner eines städtischen Stellennachweises. Die Vereine, welche gegen den städtischen Nachweis sind, betrachten ihre eigene, meist sehr wertlose Stellenvermittlung nur als Werbemittel. So kommt es, daß Stellen unter den ungünstigsten Bedingungen besetzt werden, denn den betreffenden Vereinen ist es nur darum zu tun, unter Hinweis auf ihre Vermittlungstätigkeit Mitglieder zu gewinnen. Auf die Verbesserung der Gehaltsverhältnisse hinzuwirken, haben sie gar keine Möglichkeit. Nichts haben jene Vereine getan, als nach Ausbruch des Krieges manche große Firmen die Gehälter der Angestellten kürzten, ohne die Arbeitszeit herabzusetzen. Dagegen hat der Zentralverband der Handlungsgehilfen in vielen Fällen, wo Geschäftsinhaber den Krieg zum Vorwand nahmen, um die Löhne der Angestellten zu verschlechtern, die Interessen der Angestellten vertreten und im Verhandlungswege die beabsichtigten Verschlechterungen abgelehrt. In gleicher Weise würde auch ein städtischer Stellennachweis wirken können. Deshalb werden wir nach wie vor für die Errichtung eines solchen tätig sein.

Nach einer kurzen, dem Referenten zustimmenden Diskussion wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die dem Magistrat und der Gewerbe-Deputation eingereicht werden soll.

In dieser Resolution heißt es:

„Die Versammlung richtet an den Magistrat das Ersuchen, die Errichtung des städtischen Arbeitsnachweises nicht unbedingt davon abhängig zu machen, daß die kaufmännischen Vereinstellenvermittlungen ihre Tätigkeit einstellen.“

Daß an der Verwaltung der von uns gewünschten Stellenvermittlung Geschäftsinhaber und Angestellte beteiligt werden, ist im Interesse des Gedeihens dieser Institutionen notwendig, da damit das Vertrauen der Beteiligten Kreise gewonnen werden kann. Um die neue Institution lebensfähig zu machen, ist es aber erforderlich, daß zu ihrer Verwaltung nur Vertreter solcher Verbände berufen werden, die ernstlich den Willen haben, die öffentlich-rottiliche Stellenvermittlung zu fördern.“

Berlin und Umgegend.

Die Lage der Arbeiterinnen in der Metallindustrie.

Wie stark die Arbeiterinnen in der Metallindustrie durch die Arbeitslosigkeit infolge der Rüstungsmachung in Mitleidenschaft gezogen sind, geht aus folgenden Zahlen hervor:

Am 31. Juli waren im Arbeitsnachweis des Metallarbeiterverbandes 244 Arbeiterinnen arbeitslos gemeldet. Am 8. August war die Zahl auf 558 gestiegen, am 22. August waren es 1072 und heute sind es noch 1049 arbeitslose Arbeiterinnen, die im Arbeitsnachweis des Metallarbeiterverbandes gemeldet sind. Während durch Aufträge der Heeresverwaltung ein großer Teil der männlichen Arbeiter der Metallindustrie Arbeit gefunden hat, und dadurch für die Männer der Stand der Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist bis auf die Zahl zu Beginn des Krieges, kann man dies leider bei den Arbeiterinnen nicht sagen.

Dazu kommt weiter, daß der männliche Arbeiter einen Ort, an dem er seine Arbeit erhält, verliessen und sich anderwärts Arbeit suchen kann. Den Arbeiterinnen ist ein Aufsuchen von Arbeitsgelegenheit in einem anderen Ort entweder ganz unmöglich oder es ist aber doch für sie mit großen Schwierigkeiten verknüpft.

Gegen diese Schwierigkeit und angesichts der Tatsache, daß sich doch alle Kreise der Bevölkerung jetzt bemühen, gegen die große Arbeitslosigkeit infolge des Krieges anzukämpfen, sollte man nun glauben, daß auch die Großbetriebe der Metallindustrie das ihre zur Behebung der Notlage tun, in der sich die Arbeiterinnen befinden. Dies ist aber nur teilweise der Fall, und man kann viele Firmen, darunter besonders die Firma Siemens u. Halske, namhaft machen, die auf diesen Uebelstand, unter dem die Arbeiterinnen leiden, keine Rücksicht nehmen.

Zu Beginn des Krieges sind auch bei der Firma Siemens u. Halske Entlassungen vorgenommen. Man konnte nun wohl annehmen, daß für die Zurückbleibenden wenigstens eine Regulierung der Arbeitszeit eintreten würde. Aber weit gefehlt. In einer ganzen Reihe von Abteilungen des Werkswerks Siemens u. Halske müssen Arbeiterinnen von 1/3 Uhr früh bis 1/2 Uhr abends arbeiten, und sogar Sonntags werden 8 1/2 Stunden gearbeitet, und zwar bereits seit Kriegsbeginn. Daneben arbeiten eine ganze Reihe von Abteilungen der Firma Siemens u. Halske verläßt, also weniger als die normale Arbeitszeit ausmacht. Dabei wäre es leicht, einen Ausgleich zu schaffen indem man die Arbeiterinnen aller Abteilungen voll arbeiten läßt und dadurch die über normal beschäftigten Arbeiterinnen entlastet, oder aber, wenn das nicht geht, Neueinstellungen vornimmt.

Es ist bedauerlich, daß dieses einfache Mittel, das der Firma so gut wie nichts kostet, nicht angewandt wird, um der gegenwärtigen Situation wenigstens einigermaßen Rechnung zu tragen. Auch in anderer Beziehung weicht sich die Firma in die gegenwärtige Situation nicht hineinzufinden. So unglücklich es klingen mag, selbst jetzt verlangt die Firma von Arbeitern und Arbeiterinnen, die bei ihr in Beschäftigung treten, das Passieren des gelben Arbeitsnachweises. Die Arbeiter müssen unterschreiben erklären, daß sie den gelben Werkvereinen beitreten, sonst werden sie nicht eingestellt.

Die Folge dieses Verlangens ist nun, daß die Firma nicht genügend qualifizierte Leute, wie Dreher, Werkzeugmacher usw. findet. Deshalb werden die im Betriebe beschäftigten männlichen Arbeiter veranlaßt, in hohem Maße Ueberstunden und Sonntagarbeit zu leisten.

Wenn die Arbeiter endlich gewillt sind, den Burgfrieden zu

zu hören, dann muß hierfür doch auch im Lager der Arbeitgeber Verständnis gezeigt werden. Wenn das nicht der Fall ist, und die Arbeiter Überstunden und Sonntagarbeit ablehnen, dann darf man ihnen einen Vorwurf nicht machen, vielmehr sind Vorwürfe, wenn sie gemacht werden, an die Adresse der Arbeitgeber zu richten. Da die Firma Siemens u. Halske in verschiedenen Zeitungen Arbeiter sucht, empfehlen wir den Arbeitern dringend, die Arbeitsangeboten seitens der Firma Siemens u. Halske sehr vorsichtig zu sein. Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Der Metallarbeiterverband hat in den ersten neun Kriegswochen über drei Millionen Mark Arbeitslohnunterstützung ausgezahlt. Die Gesamtzahl der zum Militär einberufenen Mitglieder betrug bis zum 3. Oktober 162 181.

Soziales.

Arbeiterentlassungen.

Die „Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin“ hat eine große Anzahl Hilfsarbeiter — es sollen über 70 sein! — entlassen. Eine derartige Maßnahme ist tief bedauerlich. Allgemein wird von Behörden, von einsichtigen Unternehmern und von Arbeitern ohne Unterschied ihrer politischen Ansicht anerkannt, daß es ein großes soziales Unrecht ist, in dieser schweren Zeit Angestellte oder Arbeiter völlig brotlos zu machen. Wo Betriebseinschränkungen erforderlich sind, sucht man mit Recht durch Arbeitszeitverkürzung oder, wo es nicht anders geht, durch zeitweiligen Entlassung von Arbeitskräften zu vermeiden. Das wünschen sicher die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die der große Summen verzehrenden Konsumverwaltung ihre hohen Beiträge zuführen müssen. Vierter Hälfte und Drittelung der Arbeitszeit als Entlassung.

Leider läßt die Verwaltung der „Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin“, wie wir schon kürzlich darlegen mußten, soziales Empfinden und soziale Praxis recht sehr vermissen. Sie sollte aber nach dem Ruhme antisozialer Praxis nicht geizen und sollte noch nachträglich die Entlassungen rückgängig machen, um nicht meilenweit hinter der von sozialdenkenden Arbeitgebern geübten Praxis zurückzubleiben. Der Wille zur Erfüllung der Forderung „Einer für alle, alle für einen“ sollte stets, muß aber vor allem in dieser schweren Zeit, und nicht zuletzt bei der Arbeiterversicherung, vorhanden sein. Und wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.

Gerichtszeitung.

Aus Mutterliebe.

Ein Bild menschlichen Zimmers entrollte eine Verhandlung, welche unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors P e t e r die 7. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Wegen Unterschlagung in mehreren Fällen war eine Krankenpflegerin Emma W. angeklagt.

Die Angeklagte, die in tiefes Schwarz gekleidet und fortwährend weinend die Anklagebank betrat, ist Mutter von 13 Kindern, von denen sieben verstorben sind. Sie lebt von ihrem Manne getrennt und muß seit Jahren den Lebensunterhalt für sich und ihre Kinder allein verdienen. Durch lange schwere Krankheit eines Kindes, die viel Geld für Arzt und Apotheke erforderte und sie gleichzeitig hinderte, ihrem Berufe nachzugehen, geriet sie in bitterste Not. Der Hunger trieb sie dazu, Möbelstücke, die sie überäuert auf Abzahlung entnommen hatte, für ein paar Mark an einen Trödler zu verkaufen. Als dann die Rente fällig war, folgten weitere Stücke. Kaum hatte sie in einem anderen Abzahlungsgeheim neue Möbel erworben, als ihr 14jähriger Sohn erkrannte und starb. Um die Begräbniskosten zu bestreiten, wanderten auch die neuen Möbel zum Trödler. „Ich mußte doch mein Kind unter die Erde bringen, dafür hätte ich noch mehr getan als gestohlen!“ so schrie die Bedauernswerte vor Gericht hinaus. — Als sie wieder mit anderen Abzahlungsgegenständen nach der Voigtstraße verzog, brach hier eines Tages ein zierliches Schadenfeuer aus, bei dem mehrere Wohnungen ausbrannten. Alle Hausbewohner waren versichert, die Angeklagte nicht, so daß sie auch noch für die verbrannten Möbel dem Händler gegenüber haftbar war. Die Angeklagte hat dann noch eine Reihe als Unterschlagung bezichtigter Delikte begangen.

Das Schöffengericht verurteilte sie mit Rücksicht auf die große Anzahl der Fälle zu 7 Monaten Gefängnis. Gegen dieses Urteil legte Rechtsanwalt Harry Pincus als Verteidiger der Angeklagten Berufung ein und machte vor der Strafkammer geltend, daß hier ein Fall vorliege, bei welchem ein Gnadenersatz des Königs in Kraft treten müßte, da man eine Frau, die als Mutter ihrer Kinder in dem Kriegerkampf geirrt habe, nicht ins Gefängnis schicken dürfe. Das Gericht ermäßigte die Strafe auf 3 Monate Gefängnis und legte dem Verteidiger nahe, ein besonderes Gnadengesuch einzureichen. — Die Kriegsmesse bezieht sich befänglich nur auf Strafen, die am 4. August bereits rechtskräftig waren.

Ohne Rechtsdiktum?

Wegen Majestätsbeleidigung hat das Landgericht Krieg am 1. September den früheren Geschäftsführer, Genossen Joseph Kottet zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Am 2. August, dem 1. Mobilmachungstage, zog in Krieg durch die Straßen der Stadt ein Menschenjandrarm, patriotische Lieder singend. Der Angeklagte stand abends gerade vor seiner Tür, als ein solcher Trupp Menschen in seiner Nähe vorbeizog. Er empfand einen Unwillen darüber, daß sich in der Menge auch eine Anzahl seiner Parteigenossen befand. Er ging deshalb, als er das Singen hörte, dem Zuge nach, der sich nach dem „Krieg“ vor das Denkmal Friedrichs des Großen begab. Als hier noch einer Ansprache die Menge ein Hoch auf den deutschen Kaiser ausbrachte, sprang der Angeklagte unmittelbar danach aus, und rief zu seinen Genossen: „Kui, schämt Euch!“ In diesem Verhalten des Angeklagten unmittelbar nach dem Kaiserhoch lag nach Ansicht des Gerichts eine Majestätsbeleidigung im Sinne des § 86 des Strafgesetzbuchs. Dem Einwand des Angeklagten, ihm habe eine Beleidigung des Kaisers völlig ferngelegen, vielmehr habe er nur das Verhalten seiner Parteigenossen mißbilligen wollen, das im Widerspruch zu deren sonstigen Verhalten gestanden habe, hat das Gericht keinen Glauben geschenkt.

In seiner Revision rügte der Angeklagte, daß die drei Hauptmomente, die Abicht der Ehrenverletzung, die Pöswilligkeit und die Ueberlegung, nicht festgestellt seien und er deshalb zu Unrecht wegen Majestätsbeleidigung verurteilt worden sei. Der Reichsanwalt hielt die Revision für begründet und beantragte, das Urteil aufzuheben und an das Landgericht zurückzuverweisen. Das Reichsgericht war jedoch der Ansicht, daß das Urteil, trotzdem die Darlegung des Vorwurfs zum Teil unklar sei, und die „Abicht, Pöswilligkeit und Ueberlegung“ in der Tat nicht gesondert festgestellt seien, aufrechtzuerhalten sei. Es verwarf am Dienstag die Revision, weil das angefochtene Urteil keinen „Rechtsdiktum“ erkennen lasse.

Die Annahme des Oberreichsanwalts, daß das Urteil auf Rechtsdiktum beruhe, erscheint zutreffender als die des Gerichts. Vor allem aber dürfte die Beurteilung auf dem tatsächlichen Nertum beruhen, der Angeklagte habe sein Mißfallen nicht nur Parteigenossen gegenüber ausdrücken wollen, indes — die letzte Infanz hat gesprochen.

Aus Industrie und Handel.

Der Rohisenmarkt. In der am Mittwoch festgefundenen Hauptversammlung des Rohisenverbandes wurde über die Marktlage folgendes berichtet: Auf dem Rohisenmarkt griffen seit der letzten Sitzung ruhigere und überständliche Verhältnisse Platz. Es ist ein allmählich zurückkehrendes Vertrauen in den Kreisen der Abnehmer wahrzunehmen. Auf laufende Abschlüsse wurde im Monat September erheblich besser abgerufen als im vorhergehenden Monat. Der Septembervertrieb betrug 40,7 Prozent der Verteilung. Inzwischen ist der Verkauf für das vierte Quartal aufgenommen worden. Es ist eine verhältnismäßig rege Kaufkraft bei den Abnehmern wahrzunehmen, wenn auch die abgesetzten Mengen im allgemeinen sich erheblich unter dem Normalbedarf bewegen. Das Auslandsgeschäft ist den heutigen Verhältnissen entsprechend sehr ruhig. Die ausländischen Abnehmer beziehen zunächst auf die noch laufenden Abschlüsse langsam den unumgänglich notwendigen Bedarf.

Kleine Nachrichten.

Automobilkatastrophe in Westfalen.

Ein Automobil, das in der Nacht zum Mittwoch drei Freiwillige aus Bielefeld nach Dülmen bei Minden bringen sollte, überschlug sich infolge Verstoßens der Steuerung und begrub die Insassen unter sich. Der Chauffeur war sofort tot, während der eine der Insassen schwer, die beiden anderen leichter verletzt wurden. Sie wurden mit dem Krankenwagen in das Bielefelder Franziskus-Spital gebracht.

Vermisster Dampfer.

Nach einem Telegramm aus Konstantinopel ist der vor 17 Tagen von Konstantinopel mit einer für Konstantinopel bestimmten Petroleumladung abgegangene persische Dampfer „Schiraz“ überfällig. Man glaubt, daß er im Schwarzen Meer mit Mann und Maus untergegangen ist, da ein den Namen des Dampfers tragender Rettungsgürtel gefunden wurde.

Amerikanische Hilfe für die Erdbebenopfer.

Ein Telegramm aus Konstantinopel meldet, daß das amerikanische Rote Kreuz zugunsten der Opfer des Erdbebens in Anatolien 144 000 Kronen gesendet hat.

Parteiveranstaltungen.

Waldmannsitz. Sonntag, den 25. Oktober, nachmittags 4 Uhr findet in Hermsdorf im Restaurant „Waldquelle“, Inhaber Paul Dötger, Waldsestr. 28, die Mitgliederversammlung des Waldvereins statt.

Jugendveranstaltungen.

Lichtenberg. Am Sonntag, 25. Oktober, findet eine Herbstfahrt nach Ravenstein Röhle-Schumannsdamm-Rüggelise unter Führung des Herrn Gottschalk statt. Treffpunkt: 7 Uhr Bahnhof Stralau-Kummelsburg. Abfahrt 7,15. Jahrgeld 40 Pf.

Eingegangene Druckschriften.

Kriegs- und Heimatchronik. Von Dr. J. Raumann und Dr. Gertrud Bäumer. Monatliche Sonderausgabe der „Hilf“. Wird für Kriegsteilnehmer und Lazarett umsonst versendet. Im Buchhandel 25 Pf. — 36 Pf. Heft 170 W. — Verlag der „Hilf“, Schöneberg, Königsmeyer 6.

W. T. W. Kriegsbeichten 1914. 2. Monat (September). Nach den amtlichen Berichten zusammengestellt. 40 Pf. Sell u. Pöhlert, Berlin NW 6.

Gegenwartigfragen: 4. Die Entente — eine Gefahr für England. Von einem österreichischen Seemann. — 5. Der Krieg 1914. — Englands wirtschaftlicher Ruin. Von H. Schubert. Einzelh. 1 M. Reichel, Verlagshaus, Berlin W 57.

50 Jahre sächsische Volkswirtschaft. Bericht vom Bankhaus Gebr. Krenshald, Dresden, anlässlich seines 50jährigen Bestehens. 106 S. Selbstverlag.

Holland, Monatschrift für freirechtliche Erziehung in Haus und Schule. Herausgegeben von G. Scharemann. Halbjahr 2 M. — H. Janßen, Hamburg.

Zeitschrift für Krankenpflege. Sonderheft: Schutz vor Seuchen. Von Dr. Christian. 25 Pf. Verlag G. Staudt, Berlin W 35.

Kriegsfürsorge. Die Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer in den Gemeinden. Kriegsstatistiken, Einnahmen- und Ausgabenkonten, Anträge an die Krankenkassen. Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes. 30 Pf. Verlag: H. Schilde u. Co., Stuttgart.

Was soll Rumänien tun? Erste Fragen in großer Zeit. Von Kronprinz. 80 Pf. A. Curtius, Berlin W 35.

Carreins Irrfahrt. Novelle. Illustriert von W. Harlan. 224 Seiten. G. Pöhlert u. Co., Berlin.

Große Spezialkarte vom belgischen und französischen Kriegsschauplatz. Blatt 1. Er scheint in zehn Blättern. Einzelbild 1 M. G. Pöhlert, Berlin W 50.

Der deutsche Metallarbeiterverband im Jahre 1913. Jahrs- und Handbuch für Verbandsmitglieder. 199 Seiten. Selbstverlag Stuttgart.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Del recht, portofrei, am Montag bis Freitag von 3 bis 6 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Kennzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnentenqualifikation beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

R. 23. Zpandan. 1. Die Witwenrente beträgt für die Witwe eines Reichwehres 600, eines Unteroffiziers 500, eines Gemeinen 400 M. Die Witwe eines höheren, wenn es sich um ein Pensionärsverhältnis handelt, die Witwe wird jährlich bis zur Wiederverheiratung gezahlt 2. R. 24. — 6. 104. Da kein schriftlicher Vertrag vorliegt und nur Monatsmiete vereinbart ist, so kann jeder von beiden Teilen bis am 15. zum 1. kündigen. Der Miet hat das Recht auf Einbehaltung derjenigen Sachen, die nicht unentgeltlich sind. Dies Recht bleibt auch bestehen, wenn die Mietforderung gesündigt ist, oder wenn Zwangsversteigerung angeordnet ist. In Ihrem Falle würde von jetzt an nur der gerichtlich eingeleitete Zwangsversteigerung zur Empfangnahme der Mieten berechtigt sein. — Otto 1. Rein. — Verurs 17. 1. Ein Katar ist hierfür zuständig. 2. 3—10 M. 3. Der Gläubiger hat die Kosten der Leistung zu tragen. 4. Der Gläubiger muß eine löschungsfähige Leistung selbst ausstellen, die Leistung muß notariell oder gerichtlich beglaubigt sein. 5. Das ist unmöglich. — B. 38. 1. Wenden Sie sich an die Zentrale für Auswanderer, Reichsbad 9/10. 2. Rein, wenden Sie sich an den Gewerbeinspektor. — R. 2. 1. Der Mietvertrag läuft weiter. Der Vermieter ist aber nicht in der Lage, eine Ermäßigung gegen die Oberkraft des in das Feld Gezogenen durchzusetzen, auch wenn Miete nicht gezahlt wird. 2. Chronische Leiden der Nahrungsmittel; deshalb nur landwirtschaftlich. — Steuern. Leider ja. — J. R. Rein.

Antilcher Marktbericht der kaiserlichen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Tägliche Verbindlichkeit.) Donnerstag, den 22. Oktober. Fleisch: Rindfleisch pro 50 kg. Ochsenfleisch Ia 74—83, da. IIa 69—73, da. IIIa 60—68; Bullenfleisch Ia 71—76, da. IIa 61—70; Rinde, fett 55—60, da. mager 50—55, greller 60—66, da. hell 45—50, da. dünn 37—45; Bullen, da. 54—60. Kalbfleisch: Doppelfleisch 105—115; Raufleisch Ia 80—85, da. IIa 65—79; Rinder ger. gen. —. Hammelfleisch: Raufleisch 80—86; Hammel Ia 76—79, da. IIa 72—75; Schaf 65—70. Schweinefleisch 64—76; Seiten, dänische 50—55. — Gemüse: Inländisches: Kartoffeln, Daberische 50 kg 3,75—4,25; weiße Rafferkartoffeln 3,75—4,25; Magnum bonum 3,75—4,25; Porree, Schod 0,90—0,80; Sellerie, Schod 3,00—3,00; Spinat 50 kg 3,00—3,00; Kohlraben 2,00—2,50; Bohnen 50 kg 15,00—25,00; Wachsbohnen

50 kg — —; Kohlrabi Schod 0,70—1,10; Birnflöhl Schod 4,00—10,00; Birnflöhl 50 kg 3,50—4,00; Weißflöhl Schod 3,00—8,00; Weißflöhl 50 kg 2,00—2,50; Weißflöhl, Schod 1,00—10,00; Weißflöhl 50 kg 3,00 bis 4,00; Kohlraben 50 kg 3,00—5,00; Zeitwurz Wäben 50 kg 5,00—12,00; Blumenkohl, Erlanger, 100 St. 15,00—25,00. Rulensflöhl 50 kg 22,00—25,00, Meerrettich Schod 5,00—12,00, Petersilienwurzel Schodbund 1,00—3,00; Radieschen Schodbund 0,70—1,00; Salat Schod 2,00—3,00; Zwiebeln, 50 kg 7,00—8,00; Tomaten 50 kg 7,00—10,00; Pfefferlinge 50 kg 20,00—25,00; Steinpilze 50 kg 25,00—30,00; Kürbisse 50 kg 9,00—12,00; Champignons 50 kg 10,00—25,00; Gurken Schod —; Kürbis 50 kg 2,00—4,00.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabendmittag: Hebrall normierend trübe und zeitweise neblig; westlich der Ober wiederholt leichte Regenschauer, Temperatur im allgemeinen wenig verändert.

Theater für Freitag, 23. Oktober:

Berliner Theater
Sonnabend Eröffnung:
Extrablätter.
Deutsches Künstler-Th.
8 Uhr: Glaube und Heimal.
Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
7 Uhr: Die Meistersinger von Nürnberg.
Deutsches Theater
7 Uhr: Wallensteins Lager.
Die Piccolomini.
Kammerspiele
8 1/2 U.: Jedermann.
Gebr. Herrfeld-Theater
8 Uhr: Er kommt wieder.
Zwei leuchtende Punkte
Ende gut — alles gut!
Kleines Theater
8 Uhr: Der Hexenkessel.
Gastspiel Harry Walden.
Komödienhaus
8 Uhr: Das Heiratsnest.
Lessing-Theater
Geschlossen. Sonnabend
z. l. M.: Der junge Medardus.
Luisen-Theater
8 1/2 U.: Soldatenblut. Sonnab. 4 U.:
Schneeweißchen u. Rosenrot.
Sonnt. 3 1/2 U.: Zopf u. Schwert.
Lustspielhaus
8 1/2 U.: Graf Pepi.
Residenz-Theater
8 Uhr: Krümel vor Paris.
Rose-Theater
8 Uhr: Die Waffen her!
Schiller-Theater O.
8 Uhr: Johannisfeuer.
Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: An der Spree und am Rhein.
Thalia-Theater
8 Uhr: Kam'rad Männe.
Theater am Nollendorfp.
8 Uhr: Immer feste druff!
Volkshöhne (MontisOperntentz.)
8 1/2 U.: Zum 1. Male: Wenn der
junge Weib blüht.
Walhalla-Theater
8 1/2 U.: Berlin im Felde.

URANIA Taubenstr. 48/49.
4 Uhr:
Das belgische Land.
(Halbe Preise.)
8 Uhr:
Dr. Traub: Wie erleben wir den Krieg?
Friedrich-Wilhelm-Städt. Theater
Täglich 8 1/2 U.:
Unsere Feldgrauen!
Der größte Erfolg der Saison.*
Sonntag nachm.: Die Ehre.
Casino-Theater.
Rothfingerringstraße 37. Täglich 8 Uhr.
Kriegsbilder — Spezialitäten um
3. Schluss das neue Kriegs-Botshild.
„Mein Leben dem Vaterland“,
Roge 1.25, Sessel 1.10, Partet 80 Pf.
Rang 50, Stuhl 30, Sonnt. u. Ruffsch.
Sonntag, den 25. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr: Krieges-Deutsche.
Theater-Folies-Caprice
8 1/2 U.:
Passen-Theater 8 1/2 U.
Täglich:
Blinfener. Landwehrente.
Fest steht und tren . . .
Leonard Habel, Martin Reiter u. G.
Theater der Weidenammerulke
Täglich 8 1/2 U.:
Anfang gut — Alles gut . . .
Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Freitag, den 23. Oktober 1914:
Kabale und Liebe.
Bürgerliches Trauerspiel von
Fr. v. Schiller.
Raffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Ubr.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Glänzendes Programm!
Unter anderem:
Der Dorfschul-
meister.
Ein Stimmungsbild von Meystel.
Anfang 8 Uhr.

Die Mächte des Weltkrieges

Das Zarenreich

Erstes Heft:

Preis 75 Pfennig Vereinsausgabe 30 Pfennig

Der Inhalt gliedert sich wie folgt:

I. Gebiet und Bevölkerung. 1. Gebiet des Zarenreiches. — 2. Die Bevölkerung. — 3. Nationale Zusammenfassung. — 4. Religion.

II. Soziale und wirtschaftliche Verhältnisse. 1. Agrarverfassung. — 2. Die landwirtschaftliche Produktion. — 3. Die kapitalistische Entwicklung. — 4. Die Gliederung der Bevölkerung nach Berufen.

III. Das Finanzwesen. IV. Das zarische Regime. V. Die auswärtige Politik Rußlands seit dem japanischen Kriege. VI. Die russische Kriegsmacht.

Die Krieg bringt es ganz von selbst mit sich, daß das Interesse für die Zustände in den kriegführenden Ländern gewandt wird. Man kann unmöglich die kriegerischen Ereignisse verfolgen, ohne wenigstens die elementarsten Kenntnisse von den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnissen zu besitzen. In dieser Broschüre wird daher versucht, in gedrängter Kürze eine Skizze der Dinge in Rußland zu entwerfen.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 3.

H. & P. Uder, Berlin SO. 10, Engel-Ufer 5.
Haupt-Niederlage der k. k. österr. Tabak-Regie.
Zigarren — Zigaretten — Rauchtabelle.
Nur für Wiederverkäufer zu Originalpreisen.
Alleinverkauf der Fabrikate der Firma
F. J. Burrus St. Kreuz
Größte deutsche Rauchtabellefabrikation.
Jahresproduktion über 5 000 000 Pfd. Rauchtabelle.
Zigaretten-Spezialität: L'Algerienne.
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.